selbe Frage wie wir: Wie können wir die Notwendigkeit kollektiver Aktionen glaubwürdig vermitteln? Wir haben praktisch alle diese Treffen gemeinsam organisiert, so haben wir uns kennen gelernt und den Grundstock für unsere Einheit gelegt. Wir vertrauten uns; und das Vertrauen hat noch zugenommen, als mehrere von uns später der *Union de la Gauche Socialiste* beigetreten sind, einer Vorläuferorganisation der PSU (*Partie Socialiste Unifié*).

Die Kraft des Kollektivs entdecken

Unser erster Erfolg war, als wir entdeckten, dass eine Leistungszulage bei der Berechnung der Überstunden nicht berücksichtigt worden war. Wir informierten uns über die Rechtslage, veröffentlichten den Rechtsbruch durch ein Flugblatt, beriefen uns auf Gerichtsurteile und riefen die Gewerbeaufsicht zu Hilfe. Fred Lip musste kapitulieren. Das war ein Paukenschlag, denn wir hatten Nachforderungen von einem ganzen Jahr, das war ein schöner Batzen Geld. Allmählich zeigte sich, dass sich kollektiver Widerstand bezahlt macht.

Dann stellten wir das Lohngeheimnis in Frage. Über den Lohnstreifen wurde nicht geredet, das war tabu. Jeder wähnte sich etwas privilegiert. Bis einige damit einverstanden waren, dass ihr Streifen ohne Namensangabe veröffentlicht wurde. Das war ein Aufruhr! Die Chefs wurden herbei zitiert und die Geschäftsleitung musste etwas Ordnung in die Lohnpolitik bringen, Mindest- und Höchstgrenzen festlegen. Das war der Beginn der Lohnstufen und der Einführung von Transparenz. Den Arbeitern ging Klarheit jetzt vor Geheimnistuerei.

Noch später mischten wir uns in die Personalpolitik ein. Die Produktionsleiter wurden stark unter Druck gesetzt, länger als zwei Jahre hielten sie es in der Regel bei Lip nicht aus. Als einer von ihnen wieder einmal entlassen werden sollte, legte eine Abteilung die Arbeit nieder. Wir wurden aufgefordert, etwas dazu zu sagen. Wir schlossen uns dem Streik an, thematisierten aber alle Entlassungen, nicht nur die eine dieses Direktors. Es gab einen Kompromiss.

Staatsstreich 1958

1958 übernahm de Gaulle als Ministerpräsident die Macht und übte sie diktatorisch aus. Die Unternehmer beeilten sich, seinen Führungsstil nachzuahmen. 1959 verloren wir einen Lohnstreik, doch ohne große Lohneinbußen. Wir holten uns einen Wirtschaftsprüfer und studierten die regionale, die schweizerische und die weltweite Uhrenindustrie. Wir begannen, uns für Wirtschaftsfragen zu interessieren, an dem Punkt war die CGT zurückhaltender. Wir setzten auch durch, dass die Gewerkschaftswahlen einmal im Jahr stattfanden, so bekamen wir ein getreueres Abbild von der Belegschaft.

1960 entstand in Palente ein neues Werk mit zwei großen, untereinander verbundenen Gebäuden. Wir besorgten uns einen detaillierten Plan vom Werk und begannen, die Fabrik systematisch mit einem Netz von Korrespondenten zu überziehen.

1964 wurde aus der CFTC die CFDT (*Confédération française démocratique du travail*). Wir trafen uns in regelmäßigen Abständen nach der Arbeit bei dem einen oder dem anderen, um grundlegende Fragen durchzugehen. Die Hauptfrage war dabei immer wieder: Wie können wir die Kommunikation mit allen Beschäftigten verbessern? Ohne uns dessen bewusst zu werden, wurden wir allmählich zu einer ziemlich untypischen Gewerkschaftsgliederung: Wir befolgten nicht die Order unserer Gewerkschaft und dachten mit unserem eigenen Kopf. Wir wurden politisch aktiv, z.B. protestierten wir gegen einen Empfang für den Nato-Generalstabschef. Ich folgte auch, mit der CGT zusammen, einer Einladung in die UdSSR, obwohl mein Gewerkschaftsvorsitzender vor Ort dagegen war...

1968: der erste Werksstreik

1968 war für uns ein großartiger Moment des demokratischen Kampfs. Wir von der CFDT bereiteten den Streik sorgfältig und zusammen mit der CGT vor, es herrschte volle Übereinstimmung. Am 20. Mai wurden die Eingänge zu den wichtigsten Betrieben in Besançon von Gewerkschaftsgruppen blockiert; das war der Streik. Die Lip-Beschäftigten forderten wir auf, sich um acht Uhr morgens in der Kantine einzufinden, um gemeinsam über die Lage der Nation zu reden. Um acht Uhr sprachen zwei Redner zur Sache, dann ging das Mikro rum... Niemand wollte das Wort ergreifen. Die Leitenden waren auch dabei, niemand traute sich. Zum Glück hatten wir das einkalkuliert, wir verkündeten eine Pause, Diskussion in Kleingruppen, danach sollte es eine Abstimmung geben. Das war ein voller Erfolg. Vor der Abstimmung stellten wir klar, dass die Meinung derer, die sich enthalten wollten oder ein Minderheitenvotum abgaben, respektiert werden müsse. Eine große Mehrheit stimmte für den Streik. Niemand buhte die Gegner aus.

Sofort wurde ein Streikkomitee mit Delegierten aus jeder Abteilung aufgebaut, gleich ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht, nur das Vertrauen zählte. Aus anderen Betrieben kamen Delegationen zu uns und staunten darüber, was wir machten. Unser Vorgehen traf auf vollständiges Unverständnis. Für die Besetzung des Betriebs gab es klare Regeln: Die Geschäftsleitung durfte bleiben, sofern sie sich in einer begrenzten Zone aufhielt und nichts gegen den Streik unternahm. Über den Gebrauch der Maschinen bestimmten wir, auch über die Verwendung des vorrätigen Papiers. Fred Lip rastete mehrmals aus. Er trug ständig eine automatische Pistole bei sich. Jeder Zwischenfall wurde entschlossen vom Streikkomitee geregelt; das haben einige Vertreter der CFDT schwer verdaut.

Es ist uns nicht gelungen, den Betrieb für die Studenten oder für andere zu öffnen. Die Stimmung war nicht danach und es überwog die Furcht. Aber wir lernten uns besser kennen, und das vergisst man nicht. Fred Lip hat sehr schnell ein Abkommen unterzeichnet, aber wir haben gesagt: »Das tritt erst in Kraft, wenn der Konflikt auf nationaler Ebene vorbei ist.«

Wir konnten die Freiheit der Information durchsetzen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Arbeiter konnten sich Beschäftigte jetzt im Betrieb auf einer Informationstafel frei äußern. Diese Tafel sollte sich in den folgenden Jahren als ein erstrangiges Instrument erweisen. So wie der Arbeitsablauf organisiert war, hatten die ArbeiterInnen nicht mehr als zwei Minuten abends und morgens, um unsere Informationen zu lesen. Wir schrieben in Großbuchstaben; die Tafel war ständig umlagert, die Macht der Arbeiter formierte sich. Außerdem bekamen wir einmal im Quartal eineinhalb Stunden, um die gesamte Belegschaft zu informieren, was wir voll nutzten. Die Infotafel war Fred Lip ein Dorn im Auge. Eines Tages hat er den Personalleiter geschickt, ein Plakat abzureißen. Wir ließen uns das von einem Gesetzesvertreter bestätigen und machten es, mitsamt dem Gesetz, das gebrochen worden war, öffentlich... Fred Lip wagte das nie wieder.

Unsere kurze Erfahrung freier Rede und kollektiver Debatte, reichte aus, dass die Beschäftigten gewisse Arbeitsbedingungen nicht mehr hinnahmen. Überall im Betrieb brachen kleine Konflikte aus, die Arbeiter wollten respektiert und gerecht behandelt werden. Die Gewerbeaufsicht forderte uns auf, all diese Konflikte sofort zu beenden. Das lehnten wir ab: »Das entscheiden die Werkstätten und Büros alleine.« Wenn irgendwo ein Konflikt war, gingen zwei Gewerkschaftsvertreter hin, es gab eine gemeinsame Diskussion mit der gesamten Werkstatt, die Beschäftigten entwickelten ihre Forderungen, die Gewerkschaftsvertreter brachten zusätzliche Informationen ein. Wenn es Verhandlungen geben sollte, wurde darüber gesprochen, was und wie verhandelt werden sollte, eine Verhandlungsdelegation wurde gewählt, begleitet von den zwei Gewerkschaftsvertretern. Das Ergebnis wurde dann wieder von der Versammlung der Werkstatt begutachtet. Es gab etwa 15 solcher Konflikte.

1969: Werksblockade

Fred Lip kündigte das Abkommen von Mai 68, fror trotz starker Inflation die Löhne ein und drohte mit Werkstilllegung. Einige kriegten Angst, eine Minderheit wollte den Betrieb sofort besetzen. Zum Glück erinnerten sich einige an die Regeln, die wir uns gegeben haben: Eine Minderheitenaktion würde der Belegschaft sehr schaden, also müssen wir eine für alle akzeptable Lösung finden. Es entstand der Vorschlag, eine Schlange zu bilden und durch den Betrieb zu ziehen. Wenn die Schlange durch ihre Werkstatt kommt, scheren diejenigen, die für den Streik sind, aus und reden mit ihren Kollegen. Nach der Diskussion bekam die Schlange manchmal Zulauf, es gab Beifall und man zog weiter. Nach drei Tagen gab es eine deutliche Mehrheit für den Streik. Aber es war Juni und bald begannen die Ferien.

Dann sagten einige: »Wir müssen die Auslieferung blockieren. Um diese Zeit werden die meisten Uhren verkauft.« 30 Arbeiter riegelten die Auslieferung ab. Fred Lip suchte die Kraftprobe, sammelte ein paar leitende Angestellte und wollte die Auslieferung erzwingen. Ein Moment höchster Gefahr. Eine Gruppe Gewerkschaftsvertreter ging dazwischen. Langsam zog sich die Gruppe um den Boss zurück. Fred Lip verstand: Diese Belegschaft steht zusammen.

1970-71: Übernahme

1970 übernahm die schweizerische *Ebauches SA* 43 Prozent der Aktien von Lip. Fred Lip erarbeitete einen Umstrukturierungsplan. Die beiden Werkstätten, in denen die kämpferischsten Belegschaftsmitglieder arbeiteten, wurden gestrichen. Ein langer Kampf begann, jedoch ohne Streik. Stattdessen herrschte allgemeiner Ungehorsam im gesamten Betrieb.

Wir nutzten dazu Ministerpräsident Chaban-Delmas' neues Gesetz über die Betriebsräte: im Betrieb dürfen keine Veränderungen ohne vorherige Konsultation des Betriebsrats vorgenommen werden. Fred Lip setzte sich jedoch darüber hinweg. Wir waren nun die, die das Gesetz verteidigten und machten die Sache überall bekannt. Kein Streik, aber beim Zeichen eines der Gewerkschaftsvertreter blockierten alle Mechaniker den befohlenen Abtransport der Maschinen; der Betriebsrat rügte die Geschäftsleitung. Die anderen Werkstätten und Büros solidarisierten sich. Der Plan wurde fallen gelassen und Fred Lip von seinem Vorstandsposten entfernt.

1973: Das Werk in Eigenregie

Am 12. Juni erfuhr die Belegschaft, dass *Ebauches SA* von Lip nur noch den Markennamen,

---

tionen in den Regierungen der Mitterand-Zeit. Rocard, der 1974 noch ein radikales Vorwort zu einem Buch über Lip geschrieben hat und dort den Selbstverwaltungs-Sozialismus als Ziel der sozialen Transformation angibt, wurde Jahre später zu einem ausgewiesenen »Neoliberalen«, der sogar eine Zeit lang Premierminister wurde.

Charles Piaget dagegen begann nach seiner Lip-Zeit, zusammen mit ehemaligen Mitstreitern die AC-Bewegung »Handeln gegen die Arbeitslosigkeit« in Besançon aufzubauen. Gleichzeitig musste er neben dem Niedergang der PSU auch erleben, wie seine CFDT-Gewerkschaft immer mehr zu einer kapitalangepassten Organisation wurde, die gerade auch die rebellischen Erwerbslosen bekämpfte. Zumeist saßen Vertreter dieser Gewerkschaft in den Leitungsgremien der Arbeitsämter, die für Kürzungen und Schikanen gegen die Erwerbslosen mitverantwortlich waren. Das führte in den letzten Jahren sowohl zu militanten Aktionen gegen Einrichtungen der CFDT wie auch zu der Entstehung der Sud-Gewerkschaften. Die *Sud-Solidaires* ist heute praktisch die legitime Nachfolgerin der Strömung für Selbstermächtigung und für eine andere libertäre soziale Bewegung, die Charles auch 1968 und später mitgeprägt hat.

Charles Piaget, seine Geschichte, seine Lebendigkeit machen eine andere Kultur der Arbeiterbewegung sichtbar, nicht nur in Frankreich: die Praxis und die Ideen eines libertären Gewerkschafters und/ oder Anarcho-Kommunisten – wie Johannes Agnoli es vielleicht ausdrücken würde – oder auch eines lebenslangen »Subversiven« für die soziale Emanzipation.

Strike Bike wird Volksrad

Die Produktion geht weiter!

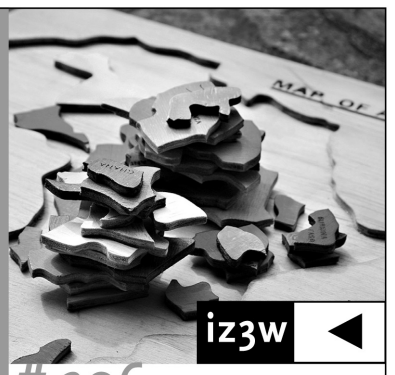
Nachdem sich die Hoffnungen, mit der Produktion des Strike Bikes einen neuen Investor zu finden, für die Nordhäuser Beschäftigten von Bike Systems nicht erfüllten, gaben die Kollegen und Kolleginnen nicht auf. Mitte März 2008 gründeten sie die Strike-Bike GmbH, vorerst bestehend aus 21 ehemaligen MitarbeiterInnen der Bike Systems. Während der Abbauphase der Produktionsanlagen konnten sie eine funktionstüchtige Fahrradproduktionslinie erwerben. Am 1. Mai 2008 haben sie die Fahrradproduktion mit einer auf 2000 Stück limitierten Modellreihe namens »Black Edition« begonnen. Dazu die Nordhäuser KollegInnen: »Der Neustart der Produktion von Fahrrädern in Nordhausen ist für uns wie ein Phönix aus dem Müll und der Asche unserer sozialen Existenzängste.«

Alle angebotenen Fahrräder werden unter dem Namen »Volksrad – Black bzw. Red Edition« produziert und ausgeliefert. Alle Modelle können mit dem Dekornamen »Strike Bike 2.0« anstatt »Volksrad« bestellt werden.

Die Fahrräder können ab sofort zum Preis von 299,00 Euro über das Internet (www.strike-bike.de, StrikeBikendh@aol.com) oder unter der Faxnummer (03631) 472625 bestellt werden.

Unterstützt die KollegInnen bei ihrem mutigen Vorhaben!

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



iz3w

306

Afrikas Grenzen – Nationalstaat und Panafrikanismus

Außerdem: ▸ Kolonialmuseen in Paris ▸ Rebellion im Tschad ▸ Drogenpolitik in Kolumbien ▸ Genmais in Mexiko ...

Einzelpreis € 5,30

iz3w ▸ Telefon (0049)+761–740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

das Vertriebsnetz und die Uhrenmontage erhalten wollte. Alles andere sollte abgeschafft werden. Das war ein Plan, die Gewerkschaften bei Lip zu schleifen. Die Unternehmensleitung legte eine sehr schlechte Bilanz vor und kündigte Entlassungen und Lohnkürzungen an. Der Betrieb wurde sofort besetzt. In der Nacht wurden die fertigen Uhren und das Produktionsmaterial beschlagnahmt.

Bei Lip begann nun der Kampf gegen die Schicksalsergebenheit, welche die Bilanz verbreitete. Nach einem Klausurwochenende legten die Gewerkschaftsdelegierten einen Plan für die Gegenwehr vor. Je zwei Delegierte von jeder Abteilung zogen durch alle Werkstätten und Büros, am Nachmittag gab es eine gemeinsame Debatte. Jemand machte den Vorschlag für einen Generalstreik; nach weiterer Debatte wurde er fallen gelassen zugunsten des Vorschlags, das Arbeitstempo zu reduzieren, damit mehr Zeit blieb für den Kampf.

Am 18. Juni beschloss eine Vollversammlung, die Produktion in Eigenregie wieder aufzunehmen, um einen »Lohn zum Überleben« zu sichern. Die Losung heißt: »Es ist möglich: wir produzieren, wir verkaufen, wir bezahlen uns.« Der Beschluss, auf eigene Faust weiter zu produzieren, war eine Antwort auf das drohende Ausbleiben der Löhne. Einigen CFDT-Mitgliedern ging das Duo CFDT-CGT nicht weit genug, sie wollten ein Aktionskomitee bilden. Die Vollversammlung wurde der Ort, wo alle Forderungen und die Rahmenbedingungen des Kampfes entschieden wurden, wo festgelegt wurde, wie Gefahren umschifft und demokratische Grundregeln eingehalten werden. Es gab zahlreiche Arbeitsgruppen, die den gesamten Produktionsbetrieb regelten.

Die Lage hatte sich nun vollständig geändert: Jetzt waren alle Versammlungen öffentlich, die Presse war immer dabei. Einige Journalisten schliefen im Betrieb. So war der Kampf sehr bekannt geworden. Die Unterstützung von außen war enorm. Lip wurde nun zu einem ständigen Forum, und immer mehr Beschäftigte wurden in die allgemeine Dimension ihres Kampfes hineingezogen. 60 Belegschaftsmitglieder begleiteten immer die Verhandlungskommission, egal wohin. Und immer mehr Beschäftigte mussten nach draußen, durch die Lande, um den Konflikt zu erklären. Arbeiter wurden so zu politischen Aktivisten; vor allem die Frauen sind hier hervorgetreten.

Am 15. August wurde der Betrieb von der Polizei besetzt und die Arbeiter vertrieben. Die Polizei blieb dort bis zum Februar 1974, bis Claude Neuschwander, ein Mitglied der PSU, den Betrieb übernahm. 850 Arbeiter wurden wieder eingestellt. Der Streik war zu Ende.

1974: Das Ende

Der Ölschock und die erste schwere Wirtschaftskrise führten überall zu Massenentlassungen und zahlreichen Betriebsschließungen. Am 8. Februar 1976 legte Neuschwander wegen wachsender wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten seine Funktion nieder. Er erklärte: »Bis Lip lebten wir in einem Kapitalismus, in dem das Unternehmen das Herz der Ökonomie bildete. Danach leben wir in einem Kapitalismus, in dem Finanz und das Geld das Herz der Ökonomie bilden.«

Am 5. Mai 1976 besetzten 620 Beschäftigte erneut die Fabrik und kurbelten die Produktion wieder an. Es gab verschiedene Projekte, u.a. die Aufnahme von Lip in einen regionalen Strukturplan; das scheiterte am mangelnden politischen Willen.

Am 12. September 1977 wurde Lip endgültig liquidiert. Nach langen Debatten wurden auf dem Werksgelände verschiedene Genossenschaften angesiedelt; sieben bleiben davon am Schluss übrig, darunter »Les Industries de Palente« (LIP). Sie müssen das Werksgelände Palente jedoch verlassen.

1990 kaufte Jean-Claude Sensemat den Markennamen und begann eine neue Uhrenproduktion auf der Basis von Versandhandel. Firmensitz ist Lectoure in Südfrankreich. Ein Teil der Fertigung läuft heute in China.

Übersetzung: Angela Klein

Anmerkungen:

1) *Die Algerienkrise verursachte eine französische Staatskrise. Mit umfangreichen Sondervollmachten ausgestattet, setzte de Gaulle per Volksentscheid eine neue Verfassung durch, welche dem Präsidenten mehr Macht – insbesondere in der Außenpolitik – gibt und die Rechte des Parlaments beschränkt. Ab hier spricht man von der fünften Republik in Frankreich. (Die Red.)*

Die Investoren aus dem Stollen

Pit Wuhrer* über Arbeiterselbstverwaltung

»Wenn das Kapital nicht mehr will oder kann, was dann?«, das war die Fragestellung unserer Tagung Ende April in Gladenbach. Antworten darauf haben wir in dieser Ausgabe begonnen zu dokumentieren, so die Beiträge zur Geschichte des Uhrenwerks LIP und zu Charles Piaget, einem der Protagonisten der damaligen Besetzung, sowie den folgenden Beitrag von Pit Wuhrer, der sich seit langem mit der Entwicklung der Gewerkschaften in Großbritannien beschäftigt. Nicht nur bei Lucas Aerospace, dem bekanntesten Beispiel aus England, auch in der krisenanfälligen Bergbauindustrie Großbritanniens gelang es den Beschäftigten einer schließungsbedrohten Zeche Mitte der 90er Jahre, diese zu übernehmen und auf genossenschaftlicher Basis weiter zu produzieren. Tower Colliery gibt es immer noch, einschließlich der sozialen und Bildungseinrichtungen, die von den Genossenschaft für die und in der Region entwickelt wurden. Mittlerweile denken die Kollegen GenossenschafterInnen angesichts der problematischen Situation vor Ort über eine Konversion nach. Was waren die Beweggründe für die Gründung der Genossenschaft, wie funktioniert die Idee genossenschaftlicher Produktion, und wie ist es möglich, in einer traditionellen Krisenbranche unter den Bedingungen eines kapitalistischen Weltmarkts genossenschaftlich zu produzieren?

Anfang des Jahres ging in Großbritannien eine Ära zu Ende. Am 25. Januar schloss in Südwales die älteste Kohlezeche für immer die Tore. Erhobenen Hauptes, mit ihrer Brass-Band, mit roten Fahnen und ihrem Gewerkschaftsbanner zogen die Kumpel von *Tower Colliery* nach der letzten Schicht den Hügel hinab ins Tal. Der Marsch beendete ein bemerkenswertes Experiment: Denn die Zeche Tower wurde in den letzten 13 Jahren als selbstverwaltetes Unternehmen geführt. Die Arbeiter, die da marschierten, verließen ihre Grube als Eigentümer. Es wäre noch Kohle dagewesen, aber die geologischen Verhältnisse – rutschende Hänge, Wasseradern, Gasblasen – machten den Abbau zu riskant. In den vergangenen 13 Jahren hatte es keinen einzigen Unfall im Stollen gegeben – und das sollte so bleiben.

Das Projekt der Miners ist damit nicht zu Ende. Anfang Mai wählten die Bergarbeiter einen neuen Vorstand ihrer *Tower Colliery Ltd.* und gaben ihm den Auftrag, neue Pläne auszuarbeiten, die den Menschen in dieser von Margaret Thatchers Deindustrialisierungspolitik schwer gebeutelten Region dienen sollen. Den Kumpeln gehört ein rund 200 Hektar großes Gelände – und das ist viel wert.

»Auch kleine Leute können große Geschichte machen«, sagt Tyrone O'Sulllivan. Er war lange Zeit Gewerkschaftsvorsitzender von Tower gewesen, hatte bei Grubenunfällen seinen Großvater, seinen Vater und zwei seiner Onkel verloren, amtierte 13 Jahre lang als Direktor der selbstverwalteten Betriebs und ist seit Anfang April, seit er in Rente ging, ehrenamtlicher Berater des neuen Vorstands.

Und doch, die Zeche ist Geschichte. Nirgendwo sonst haben Generationen von Bergarbeitern so lange Kohle gefördert wie hier. Bereits im Jahre 1808 wurde – alten Dokumenten zufolge – an den Südabhängen des Cynon Valley bei Hirwaun der Rohstoff abgebaut. Zu den ersten großen Streiks gegen die Kohlebarone kam es in den 1830er Jahren – damals sollen, so die Legende, streikende Bergleute ein Tuch in Tierblut getaucht und so erstmals eine rote Fahne vor sich hergetragen haben. Auf diese Tradition ist man heute noch stolz. In allen Kämpfen – vom Generalstreik 1926 bis zum langen Streik gegen Thatchers Zechenstilllegungs- und Privatisierungsprogramm 1984-1985 stand man hier zusammen. 1985 blieben die Kumpel von Tower nach der Niederlage der *National Union of Mineworkers* (NUM) eine Woche länger draußen – nur um zu zeigen, dass sie nicht als Besiegte in den Stollen zurückfuhren.

Diese Moral spielte zehn Jahre später eine gewichtige Rolle. Denn 1994 holten Thatchers

Kurz & nicht bündig

Abschlusserklärung der 2. Offenen Arbeitskonferenz der IL

Rund 250 Menschen hatten sich auf den Weg nach Marburg gemacht, um vom 25. bis 27. April an der 2. Offenen Arbeitskonferenz der Interventionistischen Linken (IL) teilzunehmen. Eingeladen waren alle, die am Projekt einer interventionistischen Linken interessiert sind. Gekommen sind diejenigen, die mit darüber diskutieren wollten, wie über die Situation der radikalen Linken in der BRD hinauszukommen ist, die, seien wir ehrlich, trotz Heiligendamm in gesamtgesellschaftlicher Perspektive noch subkulturell und insgesamt marginal ist.

An den Diskussionen beteiligten sich nicht nur GenossInnen, die schon in der IL mitarbeiten, sondern auch viele, die unsere Bereitschaft teilen, diese Situation zu ändern – unter anderem Mitglieder der LINKEN, der DKP und der isl, AktivistInnen von attac und der Antifa, aus Antira-Zusammenhängen und sozialpolitischen Initiativen sowie der globalisierungskritischen Bewegung, von 'solid und dielinke.sds.

Dass die Erwartung, über die aktuelle Situation der radikalen Linken in der BRD hinauszukommen, nicht unbegründet und in Ansätzen bereits erfolgreich ist, zeigen die bisherige Geschichte der IL und die Bereitschaft der in ihr vertretenen unterschiedlichen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen zu Kooperation und Austausch. Uns alle eint der Eindruck, dass es einen gesellschaftlichen und einen politischen Ort für eine radikale Linke in der BRD gibt. Es existieren genug gesellschaftliche Widersprüche und Verwerfungen, in und an denen sich eine radikale Linke artikulieren und positionieren könnte.

Diesen möglichen und notwendigen Ausdruck zu artikulieren, ihn nach »innen«, in die Linke, zu organisieren, und zugleich nach »außen«, in der Gesellschaft, sichtbar, hörbar und spürbar zu machen – dafür steht die IL. In Marburg ging es deshalb um die verschiedenen Facetten einer radikalen linken Politik, die in die gesellschaftlichen Verhältnisse einzugreifen versucht – durchgespielt in den Bereichen Globale Soziale Rechte/Antirassismus, Soziale Kämpfe, Krieg und Sicherheit, Antifa und Klimapolitik und aufgezeigt am Stand des Organisierungsprojekts IL und seiner Vorgeschichte.

Die IL – das ist unsere feste Überzeugung – muss mehr sein als die Summe ihrer Teile. Eine Organisierung, die alte Fehler nicht wiederholt, die antagonistisch, aber zugleich offen für Bündnisse ist, die die Autonomie der Einzelnen wahrt, aber zugleich einen gemeinsamen Ausdruck findet, in der Verschiedenheit Platz hat, aber zugleich ein Gemeinsames existiert und die nicht zuletzt, weder theoretisch noch praktisch, einen Alleinvertretungsanspruch hat.

Das ist ein schwieriger, auch langwieriger und langsamer Prozess. Und die Ungeduld mancher, die schnelleres und entschiedeneres Vorgehen wünschen und von uns erwarten, ist verständlich und berechtigt. Wir haben uns mit dieser Arbeitskonferenz nach innen und außen geöffnet. Die Fragen sind gestellt und müssen jetzt beantwortet werden. Sicherlich blieb in Marburg noch vieles unbestimmt. Aber anders konnte es eigentlich nicht sein, denn wir hatten ja offen eingeladen, an der Beantwortung der in diesem Prozess entstehenden Fragen mitzuarbeiten.

Dennoch wurden auch konkrete Verabredungen getroffen. So wird die Interventionistische Linke ausloten, wie ein linksradikaler Beitrag zu den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Gründung der NATO im nächsten Jahr aussehen kann. Und wir unterstützten das Klima-/Antira-Camp im August 2008 in Hamburg, an dem sich Einzelne und Gruppen aus der IL aktiv beteiligen werden. Auch in der Frage der Struktur sind wir ein Stück weitergekommen: Es liegen konkrete Vorschläge auf dem Tisch, die entschieden werden müssen. Andere Fragen müssen dagegen noch beantwortet werden: Was bedeuten eigentlich Militanz oder Antikapitalismus unter den gegebenen, konkret zu bestimmenden Klassenverhältnissen, wie sähe eine angemessene Praxis aus?

Wir werden diese Herausforderungen jetzt unter anderen Bedingungen weiterverfolgen: mit all denen, die sich an den Diskussionen beteiligt haben und die an unserem Prozess der Organisierung einer radikalen Linken in der BRD weiter teilhaben wollen. Am 5./6. Juli 2008 wird das nächste Treffen stattfinden; eingeladen ist, wer sich zur Mitarbeit entschlossen hat.

Interventionistische Linke, 1. Mai 2008, www.dazwischengehen.org

Nachfolger in der konservativen Regierung zu einem weiteren Schlag aus – um die NUM, bis 1985 die bei weitem kampfkräftigste Gewerkschaft Großbritanniens, endgültig zu zerschlagen. Die damals noch staatliche Kohlebehörde bot den Kumpels überall im Land eine vergleichsweise hohe Abfindung an. Viele Bergarbeiter akzeptierten den Deal – die Industrie hatte angesichts der Regierungspolitik ohnehin keine Zukunft mehr. Nur die Tower-Kumpel lehnten ab. Sie mieteten Busse, die sie in die Großstädte brachten; sie demonstrierten, besuchten kleine und große Versammlungen der Labour-Partei, stellten Pickets auf und zogen in einem langen Fußmarsch nach London.

Danach schnürte die Regierung das Korsett enger. Wer nicht binnen 48 Stunden die Abfindung akzeptiere, würde leer ausgehen. Die Bergarbeiterfrauen – die in allen Streiks der 70er und 80er Jahren eine entscheidende Rolle gespielt hatten – widersetzten sich dem Ultimatum und besetzten tagelang den Stollen. Es war ein spektakuläres Sit-In, das durch alle Medien ging. Ihre Männer, die über Tage diskutierten, akzeptierten jedoch nach heftigen Debatten die Abfindung.

Eine glatte Niederlage – bis am selben Abend im Pub eine verwegene Idee aufkeimte: Warum kaufen wir uns nicht die Zeche zurück? Eine hässliche Idee war das. Schließlich hatte man ja lange und erbittert gegen die Privatisierung der Kohleindustrie gekämpft. Würde man mit einer Eigeninitiative die neoliberale Strategie der damals regierenden Tories nicht aufwerten? Und hatte die nationale NUM-Führung um Arthur Scargill solche Vorstellungen nicht immer verworfen? Selbstverwaltung führe nur zu einer Kollaboration mit dem Kapital, würde die wahren sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung kompromittieren und diene nur dazu, Billiglöhne durchzusetzen, weil Produktionskooperativen schlechtere Bedingungen akzeptieren müssten, um im Wettbewerb zu überleben. Nicht nur Scargill argumentierte so. Bis heute lehnt die radikale Linke in der britischen Gewerkschaftsbewegung alternative Eigentumsformen ab. Diese könnten allenfalls Nischen besetzten, seien also kein Modell für die Zukunft. Ziel ist der Kampf gegen die Bosse.

Die Erfahrungen in den 70er Jahren sprachen für diese Haltung. Von 1971 bis 1974 war es in Großbritannien zu rund 100 Fabrikbesetzungen gekommen. Die meisten scheiterten schnell, weil die Besetzung nur eine rein defensive Maßnahme gegen Werksstilllegungen gewesen war. Andere Widerstandsformen – wie das Work-In auf der Upper-Clyde-Schiffswerft in Glasgow – dauerten etwas länger. Aber selbst dort, wo ab 1974 die damalige Labour-Regierung in Form des Industrieministers Tony Benn mit Rat und Geld einsprang, scheiterten die Projekte – zum Teil an den Banken, die keine Kredite gewährten, zum Teil aber auch an der Haltung der Belegschaften wie der von Fisher-Bendix in Liverpool. Die hing selbst nach der Übernahme des Betriebs dem damals gängigen »us-and-them«-Gedanken an. Dass sie plötzlich zu »them«, zu denen »da oben« zählten und selber Befehle geben konnten – das war den 700 Mitgliedern der Kooperative dann doch zu unheimlich. Und so kämpfte die Belegschaft mit Arbeitsverweigerungen, Dienst nach Vorschrift und Forderungen nach neuen Bolzplätzen auf dem Werksgelände so lange gegen vermeintliche Bosse, bis ihrem Betrieb der Schnauf ausging.

Der Sprung, zu dem die Kumpel von Tower 1994 ansetzten, war also beträchtlich. Seit den genossenschaftlichen Ansätzen des Frühsozialisten und Unternehmers Robert Owen (1771-1858) hatte kaum jemand ein solches Experiment gewagt.

Tyrone O'Sullivan, der im Alter von 14 Jahren erstmals unter Tage fuhr, tat den ersten Schritt. Er fragte im konservativen Industrieministerium nach, ob auch Arbeiter bei der Privatisierung mitbieten können, lud die mittlerweile arbeitslosen Kumpel zu einer Versammlung ein und bat sie um eine Geldeinlage. 240 Kollegen stimmten darüber ab – und legten pro Kopf 2 000 Pfund in die Kasse. Es mussten jedoch auch Finanz- und Wirtschaftspläne her – und politische Berater.

»Da habe ich die vielleicht klügste Entscheidung meines Lebens getroffen«, erzählt O'Sullivan. Denn der Gewerkschaftssekretär heuerte ausgerechnet jene Consultingfirma an, die in den Jahren zuvor alles getan hatte, um im Auftrag der Tory-Regierung die NUM zu zerschlagen. *Pricewaterhouse* hatte unter anderem dafür gesorgt, dass während des großen Bergarbeiterstreiks ein Jahrzehnt zuvor die Gerichte das gesamte Vermögen der Gewerkschaft beschlagnahmten. Einen größeren Klassenfeind gibt es nicht.

Aber die kennen immerhin die Fallstricke der Politik, dachten sich die Kumpel von Tower. Und die lokalen Vertreter von *Pricewaterhouse* zeigten sich nicht abgeneigt. Eine angemessene Beratung würde aber 200 000 Pfund kosten. Das war mehr, als die Kumpel für einen Versuch, der ja auch scheitern kann, zahlen wollten. Sie offerierten 40 000. Und schlugen ein bemerkenswertes Abkommen vor: Wenn die Bewerbung durchfällt, bekommt *Pricewaterhouse* nur die von den Kumpeln zugesagten 40 000 Pfund. Wenn ihr Projekt aber den Zuschlag erhalten sollte, kriegt der Unternehmensberatungskonzern die anderthalbfache Summe dessen, was er verlangt. Dieses freche Angebot reizte das örtliche Büro von *Pricewaterhouse*. Und so »wünschten sich die Tory-Freunde bald den Erfolg fast noch mehr als wir« (O'Sullivan).

Der Rest war fast ein Kinderspiel. Sympathisierende Kohlemanager erstellten einen Wirtschaftsplan, Kunden für die schwefelarme Anthrazitkohle waren bald gefunden. 239 Kollegen investierten einen Großteil ihrer Abfindung (8 000 Pfund, damals umgerechnet 12 000 Euro) und verursachten einen gehörigen politischen Wirbel, der ebenfalls nötig war. Sie reisten durch ganz Großbritannien, sprachen auf unzähligen Veranstaltungen, demonstrierten da und dort. »Alle haben gedacht: Wenn die Tower-Leute ihre Zeche nicht wiederkriegen, kommt es zu einer Revolte«, erinnert sich Huw Beynon, Soziologe an der University of Cardiff. Und so bewilligte im Dezember 1994 die Tory-Regierung das Arbeiterangebot (es hatte zwölf Mitbewerber gegeben).

Anfang Januar 1995 zogen die Kumpel mit ihrer Zechenband, die die Internationale intonierte, wieder hinauf zur Zeche, die nun ihre eigene war. Dank der vorher organisierten Aufträge wurde die Kooperative schnell zu einem Erfolg. Der Kaufpreis (zehn Millionen Pfund) war bald abgestottert, die Zahl der Beschäftigten wuchs von 239 auf rund 400. Sie zahlten sich überdurchschnittlich hohe Löhne aus und unterstützten alle, die auf Solidarität und Hilfe angewiesen waren: Streikende Kollegen (wie die Liverpooler Docker), lokale Nachbarschaftsinitiativen, Jugendclubs, Kindergärten.

Sie diskutierten und entschieden auf ihren Vollversammlungen über Strukturen, über Lohnhierarchien (die Manager, alles ausgewiesene Fachleute, bekamen rund das Doppelte), über die Verwendung des Gewinns (zuletzt vier Millionen Pfund im Jahr). Und haben nach Ende der Kohleförderung jetzt weit reichende Beschlüsse gefasst.

»Wir verhandeln momentan an mehreren Fronten«, so Tyrone O'Sullivan zum *express*. »Wir planen einen Tageabbau der Kohle, die direkt unter dem Boden liegt, und diskutieren seit einem halben Jahr mit Bauherren, die unser Gelände nutzen wollen.« Die Gespräche ziehen sich hin, weil sich die vielen interessierten Immobilienfirmen mit den Bedingungen der Kumpel schwer tun. Denn die verlangen den Bau von Sozialwohnungen, Sozialzentren, ein Bergbaumuseum vielleicht – und auf jeden Fall Kontrolle darüber, was auf ihrem alten Zechengelände geschieht.

»Zwei Unternehmen haben unsere Bedingungen angenommen, wir müssen nur wählen«, sagt O'Sullivan, »da sage noch einer, das Kapital akzeptiere keine Regeln«. Die Initiative der Kumpel, da ist er sich sicher, werde noch auf Jahre hinaus Arbeitsplätze schaffen.

Und wie sieht es mit den Jobs der Tower-Leute aus? »40 arbeiten derzeit in Bath«, der südenglischen Stadt, die auf einem einsturzgefährdeten Höhlensystem mit heißen Quellen sitzt, »190 jobben in neuen Kohleminen im Tal und ein Dutzend Leute schüttet hier die Zeche zu«. Alle haben eine Arbeit gefunden. So manche – wie die in Bath tätigen Tunnelbohrer – haben ihre neue Stelle also nur ihrer eigenen Kühnheit zu verdanken: Mit dem Projekt Tower (das zahllose Lehrlinge ausbildete) blieb auch ihre handwerkliche Fähigkeit erhalten.

** Pit Wuhrer ist Auslandsredakteur der Schweizer Wochenzeitung WOZ und Sprecher der Fachgruppe Journalismus im ver.di-Bezirk Schwarzwald-Bodensee.*

Dringliches

Visions of Labor Ratschlag

Zum Visions of Labor Ratschlag sind Labor-AktivistInnen aus verschiedenen Ländern eingeladen. Sie sollen über ihre aktuellen Projekte berichten und mit dem Publikum darüber diskutieren, wie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts erfolgreich Gegenwehr und Solidarität organisiert werden kann. Der Ratschlag umfasst Workshops, Abendveranstaltungen und multimediale Installationen. Er wird eingerahmt durch ein kleines Filmprogramm.

Aus dem Programm:

- *Organizing in der BRD*

Zusammen mit Organizern und Beschäftigten werden Organizing-Projekte ausgewertet, die in der BRD durchgeführt wurden und werden. Konnten Verbesserungen für die Beschäftigten erzielt und dauerhafte Strukturen der Selbstorganisation aufgebaut werden? Es soll diskutiert werden über »Organizing« im Spannungsfeld zwischen Selbstorganisation und gewerkschaftlicher Mitgliedergewinnung.

- *Fabienne gesucht*

Fabienne Brutus hat als Angestellte der französischen Arbeitsagentur von innen her öffentlich gemacht, wie herabwürdigend die Behörde ihre »Kunden«, die Erwerbslosen, behandelt. Sie und ihre KollegInnen haben sich entschieden, Widerstand zu leisten. »Wir, die Beschäftigten der ANPE, erklären, dass wir auf keine Weise Menschen schaden wollen, die schon durch den Verlust der Beschäftigung und des Einkommens verletzt sind. (...)« Das Sozialforum Gera sucht eine deutsche Fabienne...

- *Sinaltrainal – die Coca-Cola-Boykott-Kampagne*

Im September 2007 hat die kolumbianische Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL ihre internationale Kampagne gegen Coca-Cola wieder aufgenommen. Vorausgegangen sind sieben Morde an gewerkschaftlich aktiven Coca-Cola-Arbeitern, Morddrohungen und Entführungen durch paramilitärische Einheiten. Sinaltrainal fordert (bisher vergebens) Coca-Cola auf, seiner Verantwortung gerecht zu werden und sich für das Leben der Gewerkschafter einzusetzen. Carlos Olaya informiert über den Stand der Kampagne und die Überlebensstrategien seiner Gewerkschaft.

- *Transnational Information Exchange*

TIE ist ein in den 70er Jahren entstandenes basisgewerkschaftliches Netzwerk mit Verbindungen in Betriebe. Angeschlossen sind Dutzende Arbeitsgruppen, die Informationen über transnationale Unternehmen austauschen. Vorgestellt wird das Projekt von tie europe, das westafrikanische Eisenbahner in ihrem Kampf gegen die Privatisierung der Bahnlinie Dakar-Bamako unterstützt. Die bei der Bahn Beschäftigten, die an der Bahnlinie lebende Bevölkerung und die Nutzer der Bahn haben sich zusammengeschlossen, um die Privatisierung rückgängig zu machen. TIE versucht, diese Bewegungen zu unterstützen, in Europa bekanntzumachen und vor allem auch die Bahngewerkschaften in Europa für die Solidarisierung und direkte Unterstützungsaktionen zu gewinnen.

- *Globalization Monitor China*

Globalization Monitor ist eine NGO mit Sitz in Hong Kong, die im Zuge der globalisierungskritischen Proteste in Seattle 1999 entstanden ist. Sie stellen eine systematische Solidaritätsarbeit für ArbeiterInnen in einen umfassenderen gesellschaftlichen Kontext. Beispielhaft ist u.a. ihre Unterstützungskampagne für die Arbeiterinnen von Gold Peak (siehe S. 14 in diesem *express*). May Wong wird aus ihrer langjährigen Arbeit heraus die Arbeit von GM im Kontext der Situation für ArbeiterInnen in China vorstellen.

- *Forum Arbeitswelten – China und Deutschland*

Im Anschluss an die Präsentation von Globalization Monitor werden Peter Franke (Asienhaus) und andere Aktive vom – in Gründung befindlichen – »Forum Arbeitswelten« das Projekt vorstellen. Der Schwerpunkt liegt auf der Frage, wie eine über gelegentliche Besuche hinausgehende Zusammenarbeit zwischen gewerkschaftlich und sozial Aktiven in der BRD und China gestaltet werden kann. »Two Way Exchange« und Kontinuität als Angebot an alle Interessierten...

- *Labournet Deutschland + Chefduzen*

Aus der internationalen Labournet-Bewegung ist in der BRD ein besonders aktiver Spross hervorgegangen. Das Labournet Germany ist die unabhängige und engagierte Informationsquelle für alle Dinge rund um Betrieb, Gewerkschaft, Prekarität, Lohnabhängigkeit und ihre gesellschaftlichen Aspekte. Mag Wompel stellt das Projekt zusammen mit der Initiative »Chefduzen« vor, ein »Forum der Ausgebeuteten«, das ebenfalls die neuen Möglichkeiten des Netzes nutzt.

Filme:

- »David gegen Goliath« (2004) + »Wenn die Räder wieder rollen« (2008), Euzkadi, Continental, Tradoc: Vom Streik in einem transnationalen Konzern bis zur eigenen Kooperative. Eine filmische Dokumentation über mehrere Jahre. Filme von Michael Enger, Hamburg (2 x 30 min.)
- Maquilapolis [City of Factories], Vicky Funari und Sergio De La Torre (68 min), Mexico + USA, spanisch mit engl. Untertiteln, Ko-Produktion mit Independent Television Service (ITVS), Maquilapolis ist ein Dokumentarfilm von mexikanischen Arbeiterinnen über ihre Arbeit in den Exportsweatshops

Arbeiter-Wirtschaften

Zur Geschichte der Volkshäuser – ein Überblick von Holger Gorr*

Nachdem Aitak Barani, Clemens Dieckhöfer und Philipp Kissel uns im letzten express das »Stadtteil- und Kulturzentrum« Rödelheim vorgestellt haben, dokumentieren wir hier nun den überarbeiteten Vortrag über die Geschichte der Volkshäuser vom 19. Jahrhundert bis heute von Holger Gorr, den er bei einer Veranstaltungsreihe dort gehalten hat.

Was ist ein Volkshaus?

Bei einem Volkshaus handelt es sich um eine bewirtschaftete Versammlungsstätte der Arbeiterbewegung, in der häufig auch Beherbergungsbetriebe und Büros untergebracht waren. Die Büros nutzten vorrangig Gewerkschaften, aber auch Arbeiterparteien und Arbeiterkulturorganisationen. Teilweise waren auch gemeinwirtschaftliche Betriebe in Volkshäusern ansässig, beispielsweise ein Verkaufsladen der Konsumgenossenschaft. Historisch betrachtet sind »Volkshaus« und »Gewerkschaftshaus« zwei Begriffe für die gleiche Einrichtung. »Volkshaus« hatte zwar programmatisch einen weiter gehenden Anspruch, der sich aber faktisch selten bemerkbar machte. Manchmal wurden andere Namen verwendet (»Volksheim«, »Volkspark«), teilweise wurde die Bezeichnung Volkshaus um Zusätze wie »Goldener Pflug«, »Colosseum«, »Roter Adler«, »Zum Mohren« erweitert. Die Zusätze weisen darauf hin, dass es der Arbeiterbewegung hin und wieder gelungen war, bereits bestehende Gaststätten zu kaufen.

Die Anzahl der Volkshäuser und die dafür notwendige Infrastruktur nahm bis zum Ende der Weimarer Republik einen Umfang an, der es rechtfertigt, von einer Volkshausbewegung zu sprechen. Sie war integraler Bestandteil der sozialistischen Arbeiterbewegung und wäre ohne sie, insbesondere ohne die finanzstarken Gewerkschaften nicht vorstellbar gewesen.

Entstehungsgründe

Die sozialistische Arbeiterbewegung war in Deutschland von 1878 bis 1890 verboten. Handhabe der Behörden war das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, so der offizielle Titel des Sozialistengesetzes. Nach dem Auslaufen des Gesetzes war die Arbeiterbewegung aber nach wie vor vielfachen Repressionen ausgesetzt. Kommunale Räume wurden den Gewerkschaften oft nicht vermietet. Gastwirte befürchteten behördliche Repressionen wie etwa die Verhängung des »Militärverbots«. Soldaten konnte der Besuch solcher Gaststätten verboten werden, was Umsatzeinbußen durch verminderten Bierabsatz zur Folge hatte. Seit der Jahrhundertwende waren die Gewerkschaften organisatorisch bereits so stark, dass sie eigene Versammlungslokale erwerben und bauen oder zumindest pachten konnten. Das erste eigene Gewerkschaftshaus wurde 1902 in Berlin eröffnet. Ihm folgten rasch weitere. Insofern sind Volkshäuser aus den sozialen Konflikten während der Industrialisierung entstanden.

Die Gewerkschaften waren mehrheitlich noch Berufsverbände, in denen das Mitgliederversammlungsprinzip herrschte: Die Schmiede, die Buchdrucker, die Hutmacher, die Sattler usw. versammelten sich und regelten ihre beruflichen Belange überwiegend in Mitgliederversammlungen. Zudem war um die Jahrhundertwende die Kommunikation nach heutigen Maßstäben nur sehr eingeschränkt möglich. Sie war auf Briefe und Debatten mit persönlicher Anwesenheit begrenzt. Das Telefon steckte in den Anfängen, und Reisen waren für viele Arbeiter unerschwinglich. Viele Arbeiter konnten nicht oder nicht gut schreiben, so dass das gesprochene Wort in der Arbeiterbewegung lange dominierte.

Vor dem Ersten Weltkrieg boten etliche Volkshäuser Übernachtungsmöglichkeiten, zumeist »Herberge« genannt. Hintergrund war, dass die Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg noch weitgehend von Handwerkern geprägt war und ausgelernte Gesellen einige Jahre auf »Wanderschaft« gingen. Ihnen sollte eine preisgünstige und vor allem hygienische Unterkunft geboten werden. Nach der Novemberrevolution von 1918 verlor diese Funktion in vielen Volkshäusern an Bedeutung, nicht zuletzt auch deshalb, weil nun vermehrt Industriearbeiter den Gewerkschaften beitraten.

Die Wohnsituation von Arbeitern war in den Groß- und Industriestädten oftmals katastrophal, was sich auch in den 20er Jahren nicht änderte. Häufig gingen Arbeiter nach der Arbeit in die Kneipe oder ins Volkshaus, um so ihren erbärmlichen Lebensbedingungen zu entfliehen. Dort trafen sie mit anderen zusammen, die sich in einer ähnlichen Lage befanden. Zwar hat diese »Kneipenkultur« viel zur Herausbildung des Klassenbewusstseins beigetragen, die Männer entzogen sich auf diese Weise aber auch Hausarbeit und Kindererziehung, die sie den Frauen überließen.

Exkurs: Zur Wohnsituation in Deutschland

Die sich kaum verbessernde Wohnsituation in deutschen Großstädten thematisierte der freigewerkschaftliche »Zentralverband der Zimmerer«. Der Verband sprach noch Ende 1931 von einer »wahren Kulturschande« und zitierte einen Zeitungsbericht über wilde Stadtrandsiedlungen in der »Kunst- und Gartenstadt« Düsseldorf: »Eine Morastgrube schlängelt sich durch eine steinige Wüste. Das ist die Dorfstraße. Man versäuft im Dreck. Am ›Wege‹ liegen die Wohnstätten wie ein Häufchen Elend. Baubuden sind hundertfach besser als diese Hütten, die seltenster Energie, blutigstem Dilettantismus, polizei- und gesundheitswidriger Bauweise ihr Leben verdanken. Drinnen starrt die große Not aus allen Ecken. Besieht man nämlich die Mauern oder – besser gesagt – die Gemäuer, so sind sie nur aus einer Schicht Viertelsteine, Wasser, Sand und Kalk hergestellt. Halbe Steine und Mörtel gehören schon zu den Errungenschaften der ›Kapitalisten‹ unter den Siedlern. Die Dächer sind nur mit ›Spucke‹ angeklebt, mit Steinen beschwert, damit sie in windigen Nächten nicht fliegen gehen. Ein verhärmter Vater von fünf kleinen Kindern erklärte, er müsse sich in stürmischen Nächten auf dem Dach niederlassen, um dem Sturm sein erarbeitetes ›Heim‹ ständig von neuem abzukämpfen.« (Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen (Hrsg.), Jahrbuch 1931, o.O., S. 265)

Die Organisation der Volkshäuser

Eigentümer und Betreiber der Volkshäuser waren fast ausschließlich die freien Gewerkschaften und zwar vorrangig die Arbeiterverbände, die freigewerkschaftlichen Angestellten- und Beamtenverbände waren nur schwach vertreten. Die Gewerkschaften sind bis heute keine eingetragenen Vereine, d.h. sie sind nicht grundbuchfähig. Deshalb wurden als formale Eigentümer der Volkshäuser Genossenschaften, eingetragene Vereine oder GmbHen gegründet. Führende Funktionäre waren treuhänderisch für die Gewerkschaften als Genossen oder Gesellschafter tätig.

Die Häuser entstanden überwiegend in örtlicher Initiative. Wenn in einer Kleinstadt mit starker Arbeiterschaft eine Gaststätte zum Verkauf stand, war die Neigung der Arbeiter groß, das Haus ohne genaue Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit zu übernehmen. Oft gerieten sie in Abhängigkeit von Brauereien, denen etwa das Inventar gehörte oder die hohe Hypotheken auf das Haus vergeben hatten. Man bat dann den gewerkschaftlichen Versicherungskonzern »Volksfürsorge«, die Hypotheken abzulösen, was oftmals geschah.

In den Volkshäusern fanden nicht nur politische Versammlungen statt, sondern sie dienten auch der Bildung, der Kultur und der Freizeitgestaltung. In den meisten Häusern gab es Bibliotheken. Konzerte und Musikveranstaltungen, meistens von den Arbeitersängerbünden dargeboten, fanden ebenso wie Theatervorführungen, Lesungen usw. statt. Häufig waren Veranstaltungen (Gewerkschaftsjubiläen, 1. Mai, Versammlungen) von Rezitationen und musikalischen Darbietungen eingerahmt. Die Versammlungsräume wurden fast ausschließlich von der sozialistischen Arbeiterbewegung sowie von Verbänden und Familien, die der Arbeiterbewegung nahe standen, genutzt. Obwohl die Gaststätten grundsätzlich jedem offen standen, verkehrten dort tatsächlich nur die Organisierten.

Zumeist gab es in einer Stadt nur ein Volkshaus. Es lag häufig in der Nähe des Stadtzentrums, zumeist wohnten die Arbeiter in den schlechteren Wohnungsquartieren der Altsstädte. Nur selten gab es mehrere Volkshäuser in einer Stadt, sie waren dann Zeichen einer ausgesprochenen Stärke der Arbeiterbewegung. In Chemnitz, Dresden und Frankfurt am Main war das beispielsweise der Fall.

Zeitgenössische Kritik

Die Volkshäuser trafen innerhalb der Arbeiterbewegung nicht auf ungeteilte Sympathie. So kritisierte Clara Zetkin schon vor dem Ersten Weltkrieg, die Häuser spiegelten kleinbürgerliche Aufstiegswünsche der besser gestellten Arbeiterschichten wider, die Ornamentik und der Figurenschmuck der Gebäude kopierte oftmals lediglich den verbreiteten kleinbürgerlichen Kitsch. Franz L. Neumann, der während der Weimarer Republik Gewerkschaften als Jurist vertrat, war der Auffassung, die prachtvollen Bürohäuser hätten zur Lähmung des gewerkschaftlichen Widerstandswillens gegenüber dem Faschismus beigetragen, schließlich hätten die Führungen etwas zu verlieren gehabt.[1]

Die Volkshausbewegung bis zum Ersten Weltkrieg

In einigen Hochburgen der Arbeiterbewegung wurden seit der Jahrhundertwende Volkshäuser gegründet. Mitunter hatten diese Häuser riesige Säle: Der »Volkspark« in Halle bot etwa 2 000 Besuchern Platz, das Volkshaus »Goldener Pflug« in Altenburg hatte eine vergleichbare Größe. In solchen Volkshäusern konnten Parteitage und Gewerkschaftskongresse abgehalten werden. Teilweise galten die Volkshäuser als »erstes Haus am Platze«, wie etwa das »Tivoli« in Dessau.

Im Winter 1914 organisierten Gewerkschaftsvorsitzende eine Führung für Reichstagsabgeordnete, in der die Berliner Gewerkschaftshäuser präsentiert wurden. Die Vorsitzenden wollten damit die Burgfriedenspolitik bekräftigen und den Abgeordneten beweisen, dass die Gewerkschaften etwas geschaffen hatten und die Behandlung als »Vaterlandslose Gesellen« nicht länger gerechtfertigt sei. Einige Häuser dienten während des Weltkrieges als Lazarett, so beispielsweise die Gewerkschaftshäuser in Berlin und in Halle.

Aber auch der andere Pol der Arbeiterbewegung nutzte die verbandseigenen Häuser: Die USPD wurde 1916 im Volkshaus »Mohren« in Gotha gegründet. Die Spaltung der USPD fand 1920 im »Volkspark« in Halle statt. Dort sprach sich die Mehrheit der USPD-Delegierten für den Beitritt zur Dritten Internationale aus.

Volkshäuser in der Weimarer Republik

Die Ausbreitung der Volkshausbewegung lässt sich nach der Novemberrevolution 1918 in zwei Phasen einteilen. In den ersten Jahren der Republik verzeichneten die Gewerkschaften einen enormen Aufschwung. Die Revolution setzte aber auch auf Seiten von Architekten

---

(Maquiladoras) in Tijuana. Der Film dokumentiert nicht nur anschaulich die systematische Ausbeutung weiblicher Beschäftigter in den Sonderzonen sowie die weltweiten Verflechtungen der Produktion, er ist auch Teil eines Versuchs der medialen Selbstermächtigung und der internationalen politischen Vernetzung.

Zeit und Ort: *20. bis 22. Juni 2008, Haus der Demokratie, Greifswalder Strasse 4, 10405 Berlin, www.hausder-demokratie.de*

Kontakt: *visions of labor, c/o content e.V., Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin, visions@visions-of-labor.org, www.visions-of-labor.org*

Olympialand China 2008 – Arbeitsverhältnisse und Sozialbeziehungen

Fachtagung für Betriebsräte

Die Medien berichten fast täglich schier begeistert von Chinas Weg zur »Fabrik der Welt« und zum neuen »Exportweltmeister«. Arbeitgeber drohen häufig BR-Gremien offen mit der Verlagerung des Betriebs oder bestimmter Fertigungen nach China, denn dort sei das Produzieren profitträchtiger. Aber wie stabil sind die Ökonomie und die soziale Lage Chinas? Hält die Entwicklung des Rechtsystems, der Demokratie und des Arbeitnehmereinkommens in China Schritt mit dem Tempo der Industrialisierung? Welche Erfahrungen werden in den dorthin verlagerten Betrieben gemacht? Welche mit BR-Kooperationen? Wie entwickeln sich die Gewerkschaften? Über diese und ähnliche Themen informiert und diskutiert die Tagung, um eine stärker wissensbasierte Betriebsratspolitik in Sachen China zu ermöglichen. Dazu wurden ReferentInnen eingeladen, die China von längeren Forschungsaufenthalten, wissenschaftlichen Projekten oder in ihrer Funktion als Betriebsrat kennenlernten.

Zeit & Ort: *9. bis 11. Juni, DGB Tagungszentrum Hattingen, Am Homberg 46-50, 45529 Hattingen, Tel. (02324) 508403, Fax (02324) 508430, http://hattingen.dgb-tagungszentren.de*

Anmeldung: *DGB Bildungswerk, Postfach 103055, 40021 Düsseldorf, Tel. (0211) 4301-234, Fax (0211) 4301-500, anmeldung@dgb.bildungswerk.de*

ALSO goes Wissenschaft – Second Strike

»Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung im Aufschwung«
2. Wissenschaftlich-politisches Symposium an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) ist eine der ältesten autonomen Erwerbsloseninitiativen in Deutschland. Seit 1982 bietet sie unabhängige und kostenlose Sozialberatung für Erwerbslose und Menschen mit geringen Einkommen an. Sie mischt sich ein in die Kommunalpolitik und in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Arbeit, Existenzsicherung und Sozialstaat.

Im November 2007 veranstaltet sie anlässlich ihres 25jährigen Bestehens ein wissenschaftliches Symposium an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg. Gemeinsam mit der Kooperationsstelle Hochschule-Gewerk-

und Stadtplanern progressive Kräfte frei. Schon seit Kriegsende waren utopische Entwürfe einer weltlichen und demokratischen »Stadtkrone« in Abgrenzung zu den sakralen Bauwerken entstanden, die bis dahin die Stadtsilhouetten geprägt hatten. Die Stadtkronen sollten »Kathedralen des Sozialismus« sein und den Aufbruch in ein neues Zeitalter symbolisieren. Diese utopische Welle ebbte ab, als die Inflation 1923 Massenelend auslöste. Gleichzeitig wurde die Neugründungswelle von Volkshäusern gebremst. Während der ersten Jahre der Republik kaufte die Arbeiterbewegung vorrangig bestehende Häuser, Neubauten waren die Ausnahme. Nach der Wirtschaftskrise von 1926 begann ein erneuter Aufschwung der Volkshausbewegung, gleichzeitig baute die Arbeiterbewegung in großem Umfang moderne, helle und gesunde Mietwohnungen für ärmere Bevölkerungsschichten. In einigen Städten wie Frankfurt am Main oder Magdeburg übernahmen das die Kommunen, bekanntestes Beispiel sind die Frankfurter Bauten von Ernst May.

Avantgardistische Architekten, die vorrangig der »Neuen Sachlichkeit« und dem Bauhaus angehörten – beispielsweise Bruno und Max Taut, Hannes Meyer oder Ernst Mendelssohn – stießen zur Gewerkschaftsbewegung. Sie entwarfen bereits 1924 das Vorstandsgebäude des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Später wurde die Vorstandsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin sowie Volkshäuser in den Städten Riesa, Weißwasser und Frankfurt am Main errichtet. Die Architektur sollte mit einer geraden, nüchternen und schlichten Formensprache Offenheit, Transparenz, und Demokratie verkörpern. Somit wurden die Volkshäuser zu Symbolen des Selbstbewusstseins und der Stärke der Arbeiterbewegung, die moderne Architektur sollte eine bessere Zukunft vorwegnehmen.

Die Volkshausbewegung hatte Ende der 20er Jahre ihren Höhepunkt, zwischen 170 und 200 Volks- und Gewerkschaftshäuser existierten. Große Häuser hatten bis zu 50 Beschäftigte. Das Volkshaus in Leipzig unterhielt eigene Nebenbetriebe wie eine Schlachterei, eine Wäscherei und sogar ein Weingut. Probleme beim wirtschaftlichen Betrieb der Volkshäuser traten auf. Eine eigene Zeitschrift mit dem Nahmen »Das Gewerkschaftshaus« wurde gegründet, in der die Bezahlung der Angestellten, Steuerfragen, Warenhaltung, Verträge mit Musikern usw. behandelt wurden. Die Weltwirtschaftkrise Anfang der 30er Jahre brachte viele Volkshäuser in wirtschaftliche Bedrängnis. Es herrschte Massenarbeitslosigkeit, die Mehrzahl der Arbeiter musste drastische Lohneinbußen und Arbeitslosigkeit hinnehmen. Ein Bier im Volkshaus wurde unerschwinglich. Einige Volkshäuser wurden zahlungsunfähig und anschließend zwangsversteigert. Die Mehrzahl der Häuser reduzierte das Personal und konnte sich so noch eine Zeit lang über Wasser halten.

Exkurs: »Volkshäuser« mit anderem gesellschaftlichen Hintergrund

Nicht alle Volkshäuser waren Einrichtungen der Arbeiterbewegung. Einige Sonderfälle sind bekannt. Das »Volkshaus Jena« wurde 1903 vom Sozialreformer und Unternehmer Ernst Abbé gegründet, Eigentümer war die Zeiß-Stiftung. Das Haus existiert noch heute. Es war Bildungsstätte und Versammlungsort einer sozialreformerisch orientierten Stiftung und stellt einen Ausnahmefall in der deutschen Gesellschaft dar. Bereits 1905 wurde dort der Parteitag der SPD abgehalten. Die Gewerkschaften gründeten in Jena ein eigenes Haus am Johannisplatz. Neben einer Anzahl von Häusern, die nicht Eigentum der Gewerkschaften waren und angepachtet wurden, nannten manche sozialdemokratischen Gastwirte ihre Gaststätte »Gewerkschaftshaus« als Zeichen der Nähe zu ihrer Kundschaft. In Funktion und äußerer Erscheinung unterschieden sie sich kaum von gewerkschaftseigenen Häuser. Bekannt geworden ist das privat betriebene »Haus des Volkes« in Probstzella/Thüringen. In der Weimarer Republik stand der Eigentümer den Gewerkschaften nahe, das Haus erfüllte vergleichbare Funktionen wie ein gewerkschaftliches Volkshaus. Schließlich gab es in Großstädten vereinzelt Volkshäuser, die von sozialreformerisch orientierten Kommunalverwaltungen als Begegnungs- und Bildungsstätte konzipiert wurden. Diese Sonderfälle von Volkshäusern standen der Arbeiterbewegung nahe, obwohl sie nicht deren Eigentum waren. Daneben existierte eine konfessionell geprägte konservative Volkshausbewegung, die aber keine Bedeutung erlangen konnte.

Kostspielige Einrichtungen wie die Volkshäuser blieben weitgehend auf die verhältnismäßig reiche deutsche Arbeiterbewegung beschränkt. Nur selten konnten andere dem Beispiel ihrer deutschen Genossen folgen. So wurde das »Maison du Peuple« in Brüssel bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts errichtet und diente der Belgischen Sozialistischen Partei als Sitz des Vorstandes.

Die Feinde der Arbeiterbewegung attackierten in den Volkshäusern die Symbole der Arbeiterbewegung. Auf den Kapp-Putsch im März 1920 reagierten die Arbeiter mit einem Generalstreik, der den Putsch rasch beendete. In Leipzig setzten sich die Arbeiter besonders energisch zur Wehr. Ihr Versammlungsort war das große Volkshaus in der Zeitzer Straße, heute Karl-Liebknecht-Straße. Auch in Leipzig scheiterte der Putsch, abziehende Putschisten schossen das Volkshaus in Brand, das völlig zerstört wurde. Die Leipziger Gewerkschaften erhielten nur eine geringfügige Entschädigung, mit großem finanziellen Aufwand wurde das Volkshaus wieder in Stand gesetzt. Groß prangten die Worte »Trotz alledem!« am Neubau.

Zerschlagung der Volkshausbewegung durch den Faschismus

Es wird niemand erstaunen, dass die faschistischen SA-Schlägerbanden versuchten, gezielt die Arbeiter in ihren Hochburgen anzugreifen. Bekannte Beispiele sind der »Altonaer Blutsonntag« am 17. Juli 1932 und die »Köpenicker Blutwoche« zwischen dem 21. und dem 26. Juni 1933. Neben diesen herausragenden Fällen gab es eine Vielzahl von Saalschlachten. Es ging der SA nicht nur darum, eine Veranstaltung ihrer Gegner zu stören oder zu sprengen, sondern darum, der Arbeiterbewegung ihre eigene Ohnmacht vor Augen zu führen. Dies gelang zumeist. Höhepunkt der Angriffe auf die Volkshäuser war der März 1933. Besetzungen, Diebstähle, Sachbeschädigungen, willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen und Morde fanden statt. Die Polizei stand tatenlos daneben. Im April 1933 ließen die Angriffe nach, manche hofften darauf, dass eine Verständigung mit den Faschisten möglich sei. Das war ein grober Fehler, intensiv wurde die Besetzung der Gewerkschaftshäuser von den Nazis vorbereitet. Hermann Göring erteilte als Dienstherr der Polizei die Weisung, nicht gegen die nun reichsweit organisierte Besetzung vorzugehen.

Vor 75 Jahren, am 2. Mai 1933, war es so weit: Alle Gewerkschaftshäuser wurden um zehn Uhr besetzt, die Gelder beschlagnahmt und die politischen Sekretäre verhaftet. Viele von ihnen kamen in »Schutzhaft« oder wurden in Konzentrationslager verbracht. Morde wurden verübt, in Duisburg wurden beispielsweise drei Gewerkschaftssekretäre und ein zufällig anwesender ehrenamtlicher Kollege ermordet. Die Gewerkschaften wurden aufgelöst, den abhängig Beschäftigten jegliche Mitwirkungsmöglichkeit an ihren Arbeitsbedingungen genommen. Damit war selbstverständlich auch der Endpunkt des politischen und kulturellen Lebens in den Volkshäusern markiert.

Die Häuser eignete sich die »Deutsche Arbeitsfront«, die faschistische Arbeitsorganisation, an. Einige der Volkshäuser wurden Nazis übereignet, die sie zu Versammlungsstätten für ihre Parteigänger machten. Etliche Häuser wurden zwangsversteigert und anschließend »normale« Gaststätten. Andere gingen in das Eigentum der Stadtverwaltungen über. Es ist nicht bekannt geworden, dass die Volkshäuser zu Treffpunkten von Widerstandskämpfern wurden. Es liegt nahe, dass bei konspirativen Treffen eher die Stätten gemieden wurden, die sich der politische Todfeind angeeignet hatte. Im früheren Anhalt wurden die Volkshäuser vermietet, die Mieteinnahmen wurden zur Deckung der Unterbringungskosten der Arbeiterfunktionäre in den Konzentrationslagern genutzt. Das kleine Volkshaus in Roßlau diente einige Monate als so genanntes wildes KZ. Die innerstädtische Lage der meisten Volkshäuser führte vielfach zu Zerstörungen oder starken Beschädigungen im Luftkrieg. Vorrangig in Westdeutschland, aber auch in Berlin, Dresden, Dessau, Rathenow oder Magdeburg wurden die Volks- und Gewerkschaftshäuser ein Raub der Flammen. Das wieder aufgebaute Leipziger Volkshaus wurde stark beschädigt, nach dem Krieg zum zweiten Mal wiedererrichtet.

Volkshäuser nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland

Der Zweite Weltkrieg zog weitreichende Veränderungen nach sich. Der Krieg hatte insbesondere die innerstädtischen Wohnquartiere zerstört, die häufig von Arbeitern bewohnt waren. Das proletarische Milieu löste sich auf. Im Kalten Krieg war linkes Gedankengut unerwünscht und teilweise kriminalisiert. Die KPD wurde verboten. Inzwischen entstanden Einheitsgewerkschaften. Sie waren deutlich größer als die Verbände der Weimarer Republik, die

---

schaften und der Professur für die Didaktik der Politischen Bildung setzt sie sich mit der Frage auseinander »Wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert«.
Ihre Hoffnung, als Erwerbsloseninitiative mit der Organisation eines wissenschaftlichen Symposiums an einer Universität dazu beizutragen, dass die Wissenschaft ihre gesellschaftliche Verantwortung für »die soziale Frage« engagierter wahrnehmen könne, Kontakte zu knüpfen und eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen sozialen Initiativen und wissenschaftlicher Forschung und Lehre (neu) zu beleben, ist durch den erfolgreichen Verlauf des Symposiums bestärkt worden. Gut besuchte Veranstaltungen, anregende Vorträge und Diskussionen sowie viele neue Kontakte und Verabredungen zu weiterer Zusammenarbeit haben sie ermutigt, »ALSO goes Wissenschaft« als Symposium zu Themen der sozialpolitischen Entwicklung zu einer jährlich wiederkehrenden Einrichtung zu machen.

Call for Papers
Es soll in diesem Jahr die Auseinandersetzung mit dem Thema »Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung im Aufschwung« mit einem »Call for Papers« eröffnet werden. Als universitäre Partner konnten wieder die Professur für die Didaktik der Politischen Bildung und die Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften gewonnen wurden.
Zwei Schwerpunkte sollen Gegenstand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung werden.

I. Eine historisch neue Qualität von »Aufschwung« in der sozialen Marktwirtschaft?
Der aktuelle ökonomische Aufschwung geht einher mit gleichzeitiger weiterer Verarmung und gesellschaftlichen Spaltungs- und Ausgrenzungsprozessen.
Handelt es sich – zumindest nach dem zweiten Weltkrieg und in den industrialisierten Staaten – um eine neue Qualität in der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie?

1. Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse
Mehr als die Hälfte der in den vergangenen drei Jahren entstandenen Beschäftigungsverhältnisse sind Leiharbeitsplätze und prekäre Beschäftigungen. Die Bezahlung von Frauenarbeit liegt nach wie vor rund ein Viertel unter der von Männern. Sind Wachstum und Aufschwung notwendig auf weitere Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Privatisierung und Zurückdrängung öffentlicher Beschäftigung angewiesen?

2. Entwicklung und Struktur der Erwerbslosigkeit und Armut
Nur relativ wenige Erwerbslose können aufgrund einer Arbeitsaufnahme von »Hartz IV« unabhängig werden, während die Zahl der Kinder, die von Sozialgeld leben müssen, zunimmt. Die Erhöhung der Umsatzsteuer, steigende Lebensmittelpreise, rasante Zunahme der Energiekosten, wachsende Bildungsausgaben (Studiengebühren, Streichung der Lernmittelfreiheit, teure Schulmaterialien, Nachhilfeunterricht), weitere Privatisierung von Gesundheitskosten, ohne dass die Höhe der Regelsätze angepasst wurde, verschärfen die Verarmung und Ausgrenzung mitten im

oft noch dem Berufsverbandsprinzip anhingen und zudem politisch zersplittert waren. Die Delegiertenversammlung löste die Mitgliederversammlung ab. Man konzentrierte sich auf ein Haus in einer Stadt. Die Sozialdemokratie versuchte, die Arbeiterbewegung in die Gesellschaft hineinzuführen. Die Arbeiterkulturbewegung trocknete aus, eigene Arbeitersport- oder -gesangvereine wurden meist nicht wiedergegründet.

Parallel zu diesem organisatorischen Wandel veränderte sich die Lebenssituation von Arbeitern merklich. Seit den 60er Jahren nahm der Wohlstand zu: Arbeiter fuhren in den Urlaub, konnten sich bessere Wohnungen und Bildung leisten. Selbst Leute aus den untersten Einkommensschichten konnten mit Fernsehgeräten in ihren eigenen vier Wänden Unterhaltung und Zerstreuung erleben. Die Notwendigkeit, zur Ablenkung die Wohnung zu verlassen, in die Kneipe oder gar ins selbst verwaltete Volkshaus zu gehen, sank drastisch.

Nach dem Kampf um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche in den 80er Jahren ist ein merklicher Rückgang der Kulturarbeit der Gewerkschaften zu spüren. Durch Gewerkschaftszusammenschlüsse hat sich die Anzahl der DGB-Gewerkschaften in den letzten eineinhalb Jahrzehnten halbiert. Auf Mitgliederverluste in den 90er Jahren reagierten viele Gewerkschaften mit dem Rückzug aus der Fläche. Damit sank die Notwendigkeit, eine aufwändige örtliche Infrastruktur – insbesondere Versammlungsräume sind kostspielig – zu unterhalten. Im Gegensatz zum Kaiserreich haben die Gewerkschaften heutzutage keine Probleme, geeignete Räume für eine Tagung oder eine Versammlung anzumieten. Insofern kann man feststellen, dass heute für Arbeiter und für die Gewerkschaften ein deutlich geringerer Bedarf an Einrichtungen wie Volkshäusern besteht. Die Mehrzahl der Mitglieder ist in der bürgerlichen Gesellschaft angekommen. Die Arbeiterbewegung hat mehr erreicht, als sich die Vordenker seinerzeit vorgestellt haben, aber ihr Hauptziel – eine solidarische und friedliche Gesellschaft, weltweit, frei von Hunger, Krankheit, Unterdrückung und Ausbeutung – liegt jedoch immer noch in weiter Ferne.

** Holger Gorr ist Soziologe, arbeitet bei der IG-Metall in Frankfurt am Main und beschäftigt sich mit der Wiedererlangung des Alteigentums der Arbeiterbewegung in den neuen Bundesländern.*

Anmerkung:

1) *Franz L. Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln/Frankfurt am Main 1977, S. 476/477. Neumann spannt dort einen großen Bogen, nicht nur die Gewerkschaftshäuser, auch die Bildungsstätten, die Konsumgenossenschaften, die Arbeiterbank, die Volksfürsorge usw. versteht er als Beleg der Bindung an den Staat. Dadurch verloren die Gewerkschaften (auch die SPD) ihre Handlungsfreiheit. Opposition hätte Streik bis zum Bürgerkrieg bedeutet, worauf die Arbeiterbewegung weder ideologisch noch organisatorisch vorbereitet war. Selbst die Lohnhöhe konnten die Gewerkschaften nicht mehr verteidigen, die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung wurde eingeschränkt.*

CSR, CoC, prima Gesetze...

...nur schade, dass Cadmium und Blei nicht lesen können – auch nicht in China / Von Anne Scheidhauer*

»Auch etwas Unsichtbares kann Dich krank machen. Ich fürchte, wer selbst keine Erfahrungen damit gemacht hat, kann das nicht verstehen. Das Wissen der meisten Beschäftigten ist begrenzt. Letztlich kannst Du nicht wissen, wie viele unsichtbare Gefahren an Deinem Arbeitsplatz lauern. Dein Boss weiß es, aber er wird es Dir nicht sagen!« Wang Fengping, Beschäftigte von Gold Peak und schwer krank aufgrund von Cadmium-Kontaminierung, in einem Blog-Eintrag vom 11. November 2007, aus dem Chinesischen ins Englische übersetzt von Spencer und Ye.[1]

Die Frage der Sicherheit von Spielzeug aus chinesischer Produktion hat im Laufe des Jahres 2007 hierzulande ungewöhnlich viel öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, als unter anderen der Spielzeug-Multi *Mattel Inc.* wegen Sicherheitsmängeln und Rückrufaktionen seiner Markenprodukte »Made in China« in Verruf gekommen war, die Verantwortung postwendend an seine chinesischen Zulieferer abgeschoben hatte, sich später aber beim »chinesischen Volk« für diese pauschale Schuldzuweisung entschuldigen musste.

Aber wie sieht es eigentlich mit den Sicherheitsinteressen der Menschen an jenem anderen Ende der globalen Wertschöpfungskette aus? Etwa in China, der inzwischen hierzulande oft so betitulierten »Werkbank der Welt«: Der »Fall« *Gold Peak Batteries International Ltd.*, über den wir im *express* bereits mehrfach berichtet haben (u.a. Nr. 12/2006 und 1/2007), ist nur eines von vielen Beispielen. Das Unternehmen produziert Nickel-Cadmium-Batterien (NiCd-Batterien). Diese haben weltweit zwar nur noch einen relativ kleinen Marktanteil, aber für die Verwendung in Spielzeug, Fotoapparaten, Akkuschraubern, schnurlosen Telefonen etc. immer noch Vorteile: Sie sind leistungsstark und vor allem preiswert. Nur ist Cadmium leider eine sehr giftige und für den Menschen in vielerlei Hinsicht extrem gesundheitsschädliche Chemikalie (siehe Kasten 1).

Die EU hat hierauf inzwischen mit einem weitgehenden Verbot reagiert (siehe Kasten 2). Die NiCd-Batterie ist also in Europa ein Auslaufmodell und wurde bereits in den letzten Jahren nach und nach durch andere Technologien ersetzt. In den USA hingegen fehlt eine entsprechende gesetzliche Regelung, und so verzichten zwar einzelne Unternehmen freiwillig auf NiCd-Batterien, doch diese machen immer noch drei Prozent des dortigen Batteriemarktes aus.[2]

Die Karriere der NiCd-Batterie ist beispielhaft für den Umgang der global operierenden Unternehmen mit gefährlichen Technologien, Umweltproblemen und arbeitsintensiver bis hin zu gesundheitsschädlicher Produktion: Sie exportieren sie. Sobald in den alten Industrieländern Schutzmaßnahmen für Beschäftigte bzw. ökologische Grenzwerte gesetzlich verankert oder die so genannten »externen« Produktionsfolgen – wie bescheiden auch immer – bepreist und den Unternehmen in Rechnung gestellt werden, ziehen diese dahin weiter, wo menschliche und ökologische Ressourcen noch wohlfeil zu haben sind. Kostensenkung ist das oberste Gebot.

So landen giftige Chemikalien wie das Cadmium inzwischen meist nicht mehr in europäischen oder US-amerikanischen Körpern, Böden und Flüssen, sondern vernichten vorzugsweise anderswo Umwelt und Gesundheit der Menschen. In den Ländern der Ersten Welt muss sich bald niemand mehr mit diesen Altlasten gesundheitsschädlicher Produktion herumschlagen, denn das käme die Unternehmen viel zu teuer zu stehen: Teure Schutzvorkehrungen, Sanierungskosten, millionenschwere Entschädigungsprozesse und Imageverluste können – so das Kalkül, das leider allzu oft aufgeht – mit der Verlagerung »weit weg« in Zukunft vermieden werden.

In den USA selbst beispielsweise gibt es heute noch exakt zwei Unternehmen, die NiCd-Batterien herstellen – und das für hochspezialisierte Anwendungen wie z.B. in Flugzeugmotoren und unter strengen arbeits- und umweltschutzrechtlichen Auflagen.

Verseuchung

Auch in China gelten offiziell die Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation WHO für den Umgang mit Cadmium, und nicht in allen Fabriken wird dagegen verstoßen. Die leidvolle Erfahrung von Millionen Beschäftigten in Ländern rund um die Welt zeigt allerdings, dass die bloße Existenz von Gesetzen noch lange nicht bedeutet, dass diese auch zur Anwendung kommen, geschweige denn ihre Einhaltung wirksam kontrolliert wird.

So stellen Spencer und Ye[3] fest: »In China gibt es Dutzende massivst kontaminierte Cadmium-›Brennpunkte‹. Über zehn Prozent des chinesischen Ackerlandes sind mit Cadmium und anderen Schwermetallen verseucht, die so ins Essen der Menschen gelangen. In den vergangenen zwei Jahren hat eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien bedenkliche, stellenweise auch exzessive Mengen Cadmium in Obst und Gemüse von chinesischen Feldern nachgewiesen. Die Batterieindustrie ist dabei nicht der einzige Verursacher, aber ein zentraler.«

Während Umwelt und Menschen in den Produktionsländern geschädigt werden, waschen die auftraggebenden großen Konzerne ihre Hände in Unschuld. So z.B. der Spielzeughersteller *Mattel Inc.* im Zusammenhang mit einer der eingangs erwähnten Rückrufaktionen (Spielzeug mit stark bleihaltigem Anstrich, Pressemitteilung 14. August 2007): »Das Spielzeug wurde von einem Vertragsherstellerwerk von Mattel hergestellt, das einen weiteren Zulieferer mit dem Anstrich von Teilen des Spielzeugs beauftragt hatte. Obwohl der mit dem Anstrich beauftragte Untervertragsnehmer verpflichtet war, Farbe zu verwenden, die ihm direkt vom Vertragsherstellerwerk zur Verfügung gestellt wurde, verstieß er gegen Mattels Standards und verwendete Farbe eines nichtautorisierten Dritt-Lieferanten.«

Aber gerade diese transnational agierenden Konzerne sind es, die ihre Zulieferer und Sub-Zulieferer mit immer härterem Druck auf die Preise in einen gnadenlosen Dumping-Wettbewerb hineintreiben, in dem diese nur überleben können, wenn sie ihrerseits jede nur denkbare Möglichkeit zur Kostensenkung ausloten. Ohne über die tatsächlichen Geschehenisse im konkreten Fall urteilen zu wollen: Es wäre vor diesem Hintergrund stets eine zumindest ökonomisch rationale Entscheidung, die schöne, teure Farbe zu verkaufen und für die Produktion billigere zu benutzen, um das Überleben des Betriebes und der Jobs zu sichern.

Natürlich ist auch unter den Zulieferern der Typ des skrupellosen »Mitnehmers« verbreitet, den die auftraggebenden Konzerne wie in der *Mattel*-Pressemeldung generell unterstellen. Allerdings finden sich in solchen Fällen die Beschäftigten typischerweise eines Morgens plötzlich vor verschlossenen Toren, ohne Chance auf Zahlung noch ausstehender Löhne für manchmal mehrere Monate, die Fabrik ist ausgeräumt und ein paar Kilometer weitergezogen, wo sie die Produktion unter neuem Namen mit neuen Beschäftigten wieder aufnimmt und ab da unbehelligt weiterproduziert – bis zum nächsten Ärger mit lästigen Gewerkschaften oder Auflagen. Weniger typisch ist hingegen für solche Fälle von moralvergessener Selbstbereicherung, dass der Fabrikbesitzer am Ende Selbstmord begeht, wie im Fall eines der von

---

»Aufschwung«. Ist Erwerbslosigkeit eine »normale«, vorübergehende Phase im Verlauf moderner Erwerbsbiographien, oder wird so eine dauerhafte Armutsbevölkerung (»Unterschicht«) geschaffen, aus der vor allem Kinder keine Chance mehr haben zu entkommen?

3. Auflösung der Mittelschichten

Ökonomischer und sozialer Abstieg bedrohen aber in zunehmenden Maße auch die Mittelschicht. Sie ist in den letzten sechs Jahren bis 2006 von 62 Prozent der Gesellschaft auf 54 Prozent abgesunken. Die reale Nettolohn und Gehaltssumme sowie die realen Transfers zu den Privathaushalten (Sozialleistungen und Renten) sinken, der reale private Verbrauch steigt nur gering. Findet (im Unterschied zur alten Zwei-Drittel-These) eine Polarisierung der Gesellschaft über die Verfügbarkeit von Einkommen statt, oder handelt es sich eher um subjektive Bedrohungs-Gefühle?

4. »Hartz IV« als Realität und Symbol gesellschaftlicher Ausgrenzung

»Hartz IV« bedeutet für die Betroffenen Armut, gesellschaftliche Ausgrenzung und Existenzangst. Wie aber ist der ideologische Erfolg von Hartz IV zu erklären? Wie konnte Hartz IV so wirksam als Symbol für Abstieg und gleichzeitige Unterdrückung von Widerstand in den Köpfen vor allem derjenigen verankert werden, die Arbeit haben und sogar gewerkschaftlich organisiert sind?

5. Gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten

Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse ziehen sich durch alle Lebensbereiche der Gesellschaft, von der Bildung bis zum Arbeitsmarkt, von jung bis alt. Die Menschen merken, dass der Neoliberalismus ihnen nicht den Wohlstand bringt, der ihnen durch Privatisierung, Deregulierung und Zurückhaltung bei der Lohnentwicklung versprochen wurde, während gleichzeitig ihre Lebensperspektiven mehr und mehr verunsichert werden. Aber wohin bewegen sich bedrohte Mittelschichten heute? Verhindert das materiell und ideologisch erfolgreiche Bedrohungsszenario »Hartz IV« eine Solidarisierung mit den Armen und Ausgegrenzten? Neuere Organisierungsansätze von Bündnissen sozialer und linker Basisinitiativen befinden sich erst in den Anfängen. Welche Bedeutung hat die sich abzeichnende Neuzusammensetzung der Parteienlandschaft auf die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit der sozialen Frage und damit auf die sozialen Bewegungen?

II. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit: Formale und substantielle Aspekte der Demokratie

Müssen für mehr »Sicherheit« Einschränkungen von Grund und Freiheitsrechten in Kauf genommen werden? In der öffentlichen Debatte ist es der vermeintliche Schutz vor terroristischen Anschlägen und Kriminalität, der die Entwicklung zum gläsernen, unmündigen Bürger rechtfertigen soll, und in der Sozialpolitik sind es die vermeintlich leeren Kassen sowie der angebliche massenhafte Leistungsmissbrauch, die zu einer Aushöhlung rechtsstaatlichen Verwaltungshandelns führen.

1. Die »wissenschaftliche« Begründung des Existenzminimums

Im Prozess der Einführung der Hartz-Gesetze und des SGB II in den Jahren 2003 bis 2005 wurden die Regelsätze auf der Basis der Einkommens und Verbrauchsstichprobe (EVS) »wissenschaftlich« neu berechnet. Die Regelsätze definieren das Existenzminimum, und ihre Begründung und Berechnung ist von zentraler Bedeutung nicht nur für staatliche Transferleistungen, sondern indirekt auch für die Höhe eines Mindestlohns. Halten die Begründungen und Berechnungen einer wissenschaftlichen und moralisch-rechtlichen Überprüfung stand?

2. Die Entrechtung der Armutsbevölkerung

Die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Recht auf Freizügigkeit, das Recht

der erwähnten *Mattel*-Pannenserie betroffenen Betriebe.

Den Zulieferern die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards abzufordern, die man zu Hause in Form von mit glücklichen Menschen bebilderten Hochglanzbroschüren unter den Stichworten »Company Code of Conduct« und »Corporate Social Responsibility«[4] vor sich herträgt, während man gleichzeitig den Produzenten gegenüber die Abwärtsspirale der Preise weiter anheizt, ist ein Widerspruch in sich. Aus Perspektive der Konzerne ist es der logische Ausdruck einer perfiden Strategie der Gleichzeitigkeit von ausbeuterischer Realität und sauberem Image.

Aber Arbeitsschutz und Umweltschutz sind nicht zum Nulltarif zu haben! Ein ernst gemeinter Unternehmenskodex kostet Geld! So lange sich diese Einsicht nicht herumgesprochen hat, werden die multinationalen Konzerne immer wieder versuchen, Schaden vom Unternehmensimage allein mit wohlfeilen Unschuldsphrasen und hübschen, bunten Prospekten abzuwenden.

Kampagnen

Gewerkschaften und Gruppen von AktivistInnen müssen in ihren Kampagnen zur Unterstützung der betroffenen Beschäftigten Druck auf die großen, transnational agierenden Konzerne ausüben, wenn sie etwas bewirken wollen. Im Rahmen der Gold Peak-Kampagne bedeutet das konkret: Unternehmen sind gedrängt worden, die Nutzung von NiCd-Batterien in ihren Produkten auslaufen zu lassen. *Toys'R'Us Inc.* und *Mattel Inc.* haben sich hierzu im Februar 2008 bereit erklärt, und der internationale Druck auf weitere betreffende Unternehmen wächst, als da wären: *Canon, Casio, Fuji, JVC, Kodak, Konica Minolta, Nikon, Olympus Panasonic, Pentax, Ricoh, Sony* und *Toshiba*, um nur die größten zu nennen.

Die legitimen Anliegen der kranken und kontaminierten ArbeiterInnen – eine menschenwürdige Behandlung, die Anerkennung ihrer Gesundheitsschäden als Folge ihrer Arbeit bei *Gold Peak* sowie angemessene Entschädigungs- und Abfindungszahlungen – werden indessen von der Gegenseite weiter durch die Instanzen getrieben. Unternehmens-Chef Victor Lo hat es von Anfang an vorgezogen, die Erkrankten als Simulanten zu bezeichnen, denen es nur darum ginge, sich mit solchen Zahlungen die Taschen zu füllen. Und statt eine angemessene Entschädigung zu erwägen, verklagte das Unternehmen lieber gleich drei Organisationen (*Globalisation Monitor, ITUC/HKCTU, Neighbourhood and Workers Service Center*), die den Betroffenen in einer nun schon Jahre andauernden Kampagne zur Durchsetzung ihrer Ansprüche verhelfen wollen.

Mit einem Aufruf zum International Commemoration Day am 28. April wies die *International Trade Union Confederation* (ITUC) noch einmal darauf hin, dass Gold Peak weiterhin unbehelligt produziert[5]: »Ständig gibt es Berichte über fehlenden Schutz der Beschäftigten vor Kontakt mit gefährlichen Substanzen, über mangelndes Monitoring und verdächtige Risikoanalysen durch das Unternehmen und die lokalen Behörden. Unfälle, Krankheiten, ungelöste Konflikte, Streiks, Gerichtsverhandlungen und die Weigerung, unrechtmäßig Gekündigte wieder einzustellen, verschärfen die Situation zusätzlich. Darüber hinaus wurde den Betroffenen vollständige und faire Entschädigung verweigert. Die Klage gegen die Gewerkschaft *Hong Kong Confederation of Trade Unions* (HKCTU, Mitglied der ITUC) und lokale Gruppen wird vom Unternehmen nach wie vor betrieben, um lokale AktivistInnen mundtot zu machen.«

Dabei hatte das Unternehmen nach der schlechten Presse durch die Kampagne behauptet, die Produktion von NiCd-Batterien eingestellt zu haben. Tatsächlich jedoch hatte das Management – ganz im Trend der Zeit – eine kreativere Idee: Auslagerung der potenziell gesundheitsschädlichen Produktion an einen Zulieferer.

** Anne Scheidhauer ist Mitarbeiterin des TIE-Bildungswerks und dort Ansprechpartnerin für das ExChains-Projekt.*

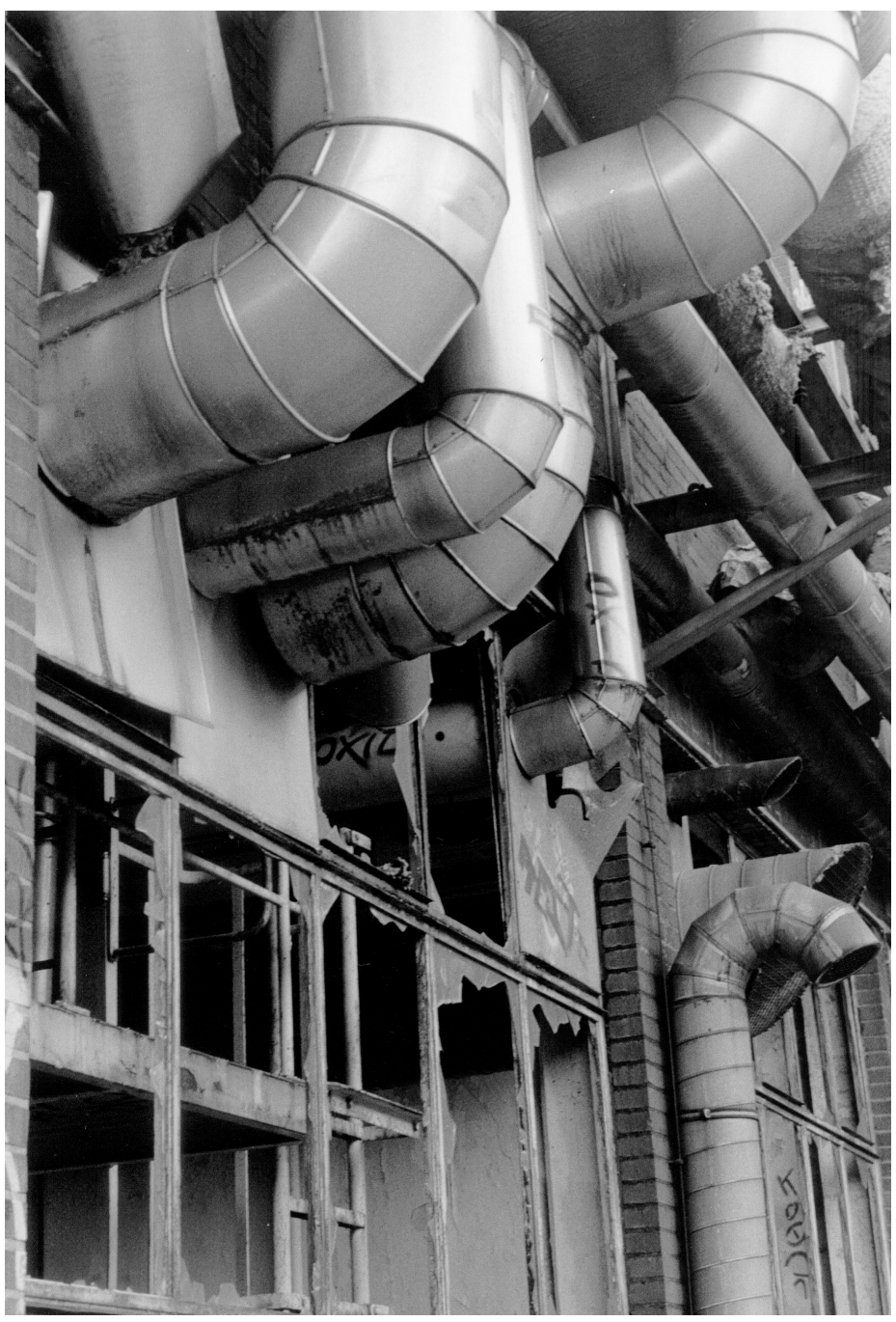
Anmerkungen:

1) *Jane Spencer/ Juliet Ye: »Toxic Factories Take Toll On China's Labor Force«, in: The Wall Street Jounal Online, 15. Januar 2008; http://online.wsj.com/public/article_print/SB119972343587572351.html*
2) *Ebd.*
3) *Ebd.*
4) *Company Code of Conduct (CoC): unternehmenseigener Verhaltenskodex; eine Art imagewirksame Selbstverpflichtung von Unternehmen auf soziale und ökologische Standards; Corporate Social Responsibility (CSR): angewandte soziale Verantwortung von Unternehmen*??
5) *ITUC/Global Unions: »28. April International Commemoration Day (ICD), Hong Kong Unions Focus on Cadmium, Cancer Fears in Chinese Factories«, 28. März 2008; www.global-unions.org/pdf/ohsewpQ_9j.EN.pdf*

Zum Weiterlesen:

Hong Kong Liaison Office of the international trade union movement (IHLO): »Gold Peak Battery Case: Poisoning in the Pearl River Delta«, Juli 2006; www.ihlo.org/C/GP%20Workers/310706.html

Globalisation Monitor: »Report on the Gold Peak Cadmium Poisoning Case«, März 2007; http://old.global-unions.org/pdf/ohsewpQ_9f.EN.pdF



Kasten 1

Cadmium

Cadmium und seine Verbindungen sind als »sehr giftig« eingestuft; außerdem besteht begründeter Verdacht auf krebsauslösende Wirkung beim Menschen. Eingeatmeter cadmiumhaltiger Staub führt zu Schäden an Lunge, Leber und Niere. Cadmium hat keine Funktion im menschlichen Körper. Cadmiumstaub kann aber wie ein Schwangerschaftshormon wirken. Gemäß Chemikalienverbotsverordnung darf der Cadmiumgehalt in Kunststoffen 0,01 Gewichtsprozent (100 mg/kg) nicht überschreiten. Dieser Grenzwert gilt EU-weit.

In Arbeitsbereichen, in denen mit erhitzten Cadmiumverbindungen gearbeitet wird (Lötplätze und Cadmierbäder), ist für eine gute Durchlüftung oder Absaugung zu sorgen. Besonders Personen, die in Fabriken mit hohem Cadmiumausstoß arbeiten, sind erhöhten Gefahren ausgesetzt. Aber auch von wilden Müllplätzen und Metallwerken gehen Gefahren aus. Das Einatmen von Cadmium kann die Lungen ernsthaft schädigen und sogar zum Tod führen. Unfälle in der Industrie und jahrzehntelange Emissionen machen die realen Gefahren deutlich.

Symptome:

Durchfall, Magenschmerzen und heftiges Erbrechen; Nierenschädigung; Knochenbrüche; Schäden am Zentralnervensystem; Schäden am Immunsystem; Störungen in der Fortpflanzung und eventuell sogar Unfruchtbarkeit; Psychische Störungen; Mögliche DNA-Schäden und Krebsentstehung

(Quelle: Wikipedia; Stichworte: »Cadmium« und »Nickel-Cadmium-Akkus«)

Kasten 2

EU-Richtlinie zu gefährlichen Stoffen in Elektro- und Elektronikgeräten

Im Dezember 2002 hat der EU-Ministerrat eine Richtlinie (2002/95/EG) verabschiedet, deren Ziel es ist, die technische Nutzung von Cadmium zu reduzieren. Vorbehaltlich der Zustimmung des EU-Parlaments sollten die Mitgliedsstaaten innerhalb von zwei Jahren durch nationale Gesetze zunächst Nickel-Cadmium-Akkus verbieten. Auf Wunsch einiger Mitgliedsstaaten – darunter auch Deutschland – sollten jedoch unter anderem schnurlose Elektrowerkzeuge, so genannte Power Tools, von dem Verbot zunächst ausgenommen werden, weil »für Power Tools nicht sichergestellt ist, dass gleichwertiger Ersatz aktuell verfügbar ist«. 2006 hat das Europäische Parlament eine veränderte Version der Richtlinie (2006/66/EG) angenommen, die Batterien und Akkumulatoren mit mehr als 0,002 Gewichtsprozent Cadmium verbietet. Diese Richtlinie muss bis 2008 umgesetzt sein.

(Quelle: Wikipedia; Stichworte: »Cadmium« und »Nickel-Cadmium-Akkus«)

auf freie Berufswahl, das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung – diese Rechte sollen für »Hartz IV« BezieherInnen offenbar nicht mehr gelten. Die enorme Zunahme von Widersprüchen und zu einem hohen Prozentsatz erfolgreichen Klagen vor den Sozialgerichten belegen diese bedrohliche Aushöhlung rechtsstaatlichen Handelns. Wenn auf diese zum Teil massiven Rechtsverstöße in den Hartz IV-Behörden staatlicherseits mit Einschränkungen der Prozesskostenhilfe und der Abschaffung der Kostenfreiheit des Klageverfahrens für die Betroffenen reagiert werden sollte, mutierte damit der deutsche Rechtsstaat zu einer Klassenjustiz, in der die Wahrnehmung bürgerlicher Rechte vom Einkommen abhängig ist?

3. Das Recht auf Sicherheit?

Dagegen müsste die Forderung nach mehr Sicherheit und Freiheit für die BürgerInnen auf ihren materiellen Gehalt hinterfragt werden: Wenn die Ausweitung staatlicher Eingriffe in die zivilgesellschaftliche und private Sphäre gefordert und gerechtfertigt wird, um das Recht der BürgerInnen auf Sicherheit vor Kriminalität und terroristischen Angriffen zu gewährleisten, wäre nicht das Recht auf materielle Sicherheit vor Verarmung, gesellschaftlicher Ausgrenzung und der Zerstörung von Lebens- und Zukunftsperspektiven auch demokratietheoretisch als ein vorrangiges Recht zu begründen, das durch staatliches Handeln garantiert werden müsste? Kann die Forderung nach einem Recht auf materielle Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und menschenwürdige Zukunft für alle einer sozialen Bewegung der Armen und Ausgegrenzten eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, Verallgemeinerungsfähigkeit und damit Selbstbewusstsein, Stärke und Würde in ihren Kämpfen geben, oder verstärkt sie nur die Illusionen über die Rolle des Staates als »ideeller Gesamtkapitalist«?

Auf dem Symposium wollen wir diesen Fragen im aktiven Austausch zwischen wissenschaftlicher Analyse und praktischen Erfahrungen sozialer Bewegungen nachgehen und hoffentlich auch Handlungsmöglichkeiten für Gegenbewegungen und Alternativen zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung erörtern, die ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten für alle Menschen ermöglichen.

Wir freuen uns auf zahlreiche Beiträge, die bitte bis zum 15. Juli 2008 und möglichst in der Form von abstracts eingereicht werden möchten.

Zeit und Ort: *28. und 29. November 2008, Universität Oldenburg*

Kontakt: *Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), Donnerschweer Str. 55, 26123 Oldenburg, Email: also@alsozentrum.de, www.alsozentrum.de*

Daimler Werk in USA entlässt 5 Gewerkschafter

Veranstaltung des Zukunftsforums Gewerkschaften Rhein-Neckar

Im Süden der USA hat es die Metallgewerkschaft sehr schwer, in den dortigen Autofabriken Fuß zu fassen. Traditionell verhalten sich Unternehmen in dieser Region aggressiv gegen jede Form gewerkschaftlicher Organisierung. Im Daimler – LKW – Werk in Cleveland »Freightliner«(North Carolina) war es jedoch gelungen, eine gewerkschaftliche Vertretung aufzubauen und eine Verhandlungskommission für die Tarifrunde zu errichten.

Anfang April 2007 hatte diese Kommission in der Tarifauseinandersetzung mit Mehrheit einen Streik beschlossen, der auch einen Tag lang durchgeführt wurde. Die Firma entließ daraufhin elf gewählte KollegInnen, von denen sechs wieder ins Werk konnten, die fünf anderen kämpfen jedoch seit dieser Zeit um ihre Wiedereinstellung Diese fünf, vier Kollegen und eine Kollegin, haben eine führende Rolle in diesem Kampf gespielt. Kein Grund für eine Entlassung! Drei von ihnen sind zudem Mitglied im lokalen UAW-Vorstand.

Offensichtlich spielt in der Auseinandersetzung auch der in den Südstaaten noch sehr lebendige Rassismus eine Rolle. Zwei von den »Freightliner 5« sind Schwarze, vier kämpfen aktiv in der Bürgerrechtsbewegung.

In den Sozialstandards bekennt sich Daimler zu Fairness in Arbeitskämpfen und verbietet Rassendiskriminierung. Warum hält sich das Unternehmen hier nicht an Verpflichtungen, die es mit unterzeichnet hat?

Auf der Veranstaltung sprechen: Allen Bradley, einer der Entlassenen und Dr. Heiner Köhnen, TIE – Bildungswerk Frankfurt

Zeit und Ort: *6. Juni 2008, 19.30 Uhr, Gewerkschaftshaus Mannheim, Bleicher/Loderer-Saal, Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim*

Kontakt: *Gewerkschaftsforum Mannheim: c/o Klaus-Peter Spohn-Logé, Nietzschestr. 8, 68165 Mannheim, Tel. (0621) 415009, Fax (0621) 416984, Email: kda.spohn-loge@t-online.de*

Radikal – um unserer selbst willen

Rezension von Hannah Jacobs

»Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie« lautet der Titel des aktuellen Jahrbuchs des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Schon im redaktionellen Editorial werden die Schwierigkeiten umrissen, in den weltweiten rasanten Umbrüchen menschenrechtliche Orientierungen zu finden, von denen aus Menschen ihr Handeln begründen könnten. In Erinnerung an Raul Hilberg und Tadeusz Borowski sucht die Jahrbuchredaktion, Menschenrechte und Demokratie aus der Perspektive der Erinnerung an die Vernichtungslager zu bestimmen. Zumindest zwei Konsequenzen dieses anspruchsvollen Ansatzes sollen hier kurz angedeutet werden: zum einen folgt für die Redaktion aus dieser Perspektive, sich in den eigenen Denkbewegungen nicht an die herrschend dargebotenen Rationalisierungen aller Art anzupassen, sich und anderen zukunftshoffend nichts vorzumachen, radikal allen politischen Legitimationen zu wehren, die über die heutigen Menschenopfer zukunftsgewandt hinwegmarschieren – sei es in Afghanistan, Irak oder in bundesdeutschen Lagern.

Demnach sei es zweitens geboten, alle politische Praxis darauf zu orientieren, »dass alle Menschen in ihren eigenen Kontexten und sozialen Organisationen auf der Erde prinzipiell die gleichen Möglichkeiten besitzen, sich als Menschen im Zusammenhang anderer Menschen zu entwickeln« (S. 11). Dieser radikale, auf den Menschen in seiner jeweils sozialen und materiellen Bedingtheit zielende Menschenrechtsansatz versteht Menschenrechte und Demokratie als Einheit sozialer Selbstbestimmung mit ganz verschiedenen materiellen Formen und Akzenten, von denen um der konkreten Menschen willen nicht abstrahiert werden darf. Von einer solchen menschenrechtlichen Demokratie kann selbstredend – davon handeln die Jahrbuchaufsätze – weltweit angesichts kapitalistischer dissoziierender Durchdringung und Unterwerfung nicht die Rede sein. Diese Einheit sozialer Selbstbestimmung und Selbstbefreiung bedeutet: Menschenrechte hätten demnach radikale Demokratie zur Folge und zur Voraussetzung. Nach Ansicht der Redaktion ist die demokratische Schwundform »repräsentative Demokratie« nicht nur demokratisch ungenügend. Sie ist es ebenso menschenrechtlich.

Die Beiträge des Jahrbuchs können diesen radikalen Ansatz nur bedingt verfolgen, konzentrieren sie sich doch vor allem darauf, die diversen Demokratie aushöhlenden Schattenseiten gegenwärtiger Globalverhältnisse zu kritisieren, ohne Vorstellungen einer radikalen menschenrechtlich-demokratischen Perspektive und Praxis zu entwerfen. Die Redaktion fragt deshalb im Editorial zurecht: »Wo aber und wie lange hat es Sinn, den Herrschenden ihre eigenen,

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Jahrbuch 2008: »Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie«, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 264 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-89691-736-2

von uns anders mitgesungenen Melodien vorzuspielen, damit sie vielleicht ab und an einen richtigen Tanzschritt machen? Und wo und wann betrügen wir uns nur selber, sind darum kritisch und konstruktiv, sind nicht um der Menschenrechte und Demokratie, also um unserer selbst willen radikal, klar und eindeutig genug?« (S. 14f.)

Einige zusammenfassende Anmerkungen zu einzelnen Aufsätzen: Im instruktiven Einleitungsbeitrag gehen Wolf-Dieter Narr und Roland Roth den Transformationen von Menschenrechten und Demokratie in ihrer geschichtlichen Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts nach. Sie decken ihre Verkürzungen und Ideologisierungen bis zur Gegenwart auf, um abschließend das Unabgegoltene der liberalen Konzeption von Menschenrechten und Demokratie aufzuspüren. Sie halten daran fest, dass trotz aller globalkapitalistischen Größenordnungen eine demokratisch menschenrechtlich angemessene Form politisch sozialer Organisation von unten nach oben erfolgen muss, ausgehend von lokalen Assoziationen, die sie der herrschend kapitalistischen Desozialisierung notwendigerweise entgegensetzen.

Das Ende der liberalen Demokratie in der neoliberalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft konstatiert Joachim Hirsch und skizziert in dichter Beschreibung diese Entwicklung anhand verschiedener sozialer und politischer Phänomene (z.B. Internationalisierung des Staates), die allesamt auf einen »sanften Totalitarismus« hinausliefen. Eine internationale globalisierungskritische Bewegung sei inzwischen zu einem politischen Faktor geworden. Und von ihr werde die weitere gesellschaftliche und politische Entwicklung ganz wesentlich abhängen.

Dirk Vogelskamp greift diesen Gedanken auf und geht in seinem Beitrag der Frage nach, welche Zukunft eine radikaldemokratische linke Opposition hat. Er verwirft, mit Johannes Agnoli argumentierend, die mit dem Erstarken der parlamentarischen Linken geweckten Hoffnungen, über repräsentativdemokratische Institutionen »globale soziale Rechte« durchsetzen zu können. Mit der Rückkehr der »Rechtsglobalisten« in die Staatlichkeit verbindet er jedenfalls keinen Schritt in die notwendige soziale Selbstbefreiungspraxis. Vielmehr erkennt er in der taktischen Annäherung an den Staat nur eine neue sozialdemokratische Herrschaftspraxis (die Transformation der Linken), die die antikapitalistische Rebellion in die Form parlamentarischer Versöhnung gießt.

In weiteren Beiträgen wird den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wie beispielsweise der »exekutiven Ausnahmegewalt als Regelherrschaft« im »Global War on Terror« (Albrecht Funk) nachgegangen, die die substantielle Aushöhlung liberaler Demokratie und immer schon eingeschränkter Menschenrechte weiter vorantreiben und Fragen nach einer radikal anderen Vergesellschaftung aufwerfen. Aber auch an einzelnen Phänomenen wie der Institution der Sicherungsverwahrung (Helmut Pollähne) oder dem bundesdeutschen Lageruniversum (Tobias Pieper) wird der schleichende Wandel zum Unrechtsstaat exemplarisch aufgezeigt. Martin Singe analysiert differenziert und luzide, wie die bundesrepublikanisch vorangetriebene Entgrenzung des Militärischen Demokratie und Menschenrechte zersetzen.

Auch alle anderen, hier aus Platzgründen nicht angesprochenen Beiträge untersuchen sehr erhellend Facetten der Transformation von Demokratie und Menschenrechten. Birgit Sauer geht der Transformation der Geschlechterverhältnisse und der Remaskulinisierung der Demokratie nach, Annette Groth greift mit den Economic Partnership Agreements die europäische Dimension dieses globalen Umbruchs auf, Ulrich Brand und Markus Wissen setzen in den ökologischen Konflikten auf eine materialistische Menschenrechtspolitik globaler sozialer Bewegungen.

Das Jahrbuch bietet eine insgesamt desillusionierende, zugleich erkenntnisgewinnende Lektüre zum Zustand und zur Transformation von Demokratie und Menschenrechten in Zeiten weltumspannend totalitärer kapitalistischer Vergesellschaftung. Die allesamt anregenden Beiträge vertiefen aktuelle linke Debatten und versuchen, menschenrechtliche Orientierungspunkte zu setzen, was nicht allen Autorinnen und Autoren gelingt, die jedoch allesamt allem modischen Gerede über mögliche andere Welten, Alternativen oder radikale Aufbrüche gegenüber distanziert bleiben und keine »billigen« Hoffnungen auf anti-neoliberale Allianzen anbieten. Dadurch wird dem eigenen Nachdenken über den analytischen Bezugsrahmen und eine angemessene menschenrechtsorientierte Praxis Raum gelassen.

Nächster Redaktionsschluss: 22. Juni 2008

In den nächsten Ausgaben: Die neue Daimler-Welt aus Sicht der ArbeiterInnen ● G-Linke zum Tarifabschluss ● Armuts- und Reichtumsbericht: alles relativ? ● Innere und ganz innere Sicherheit ● Planet der Slums u.v.m.

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

☐ *Flying Pickets (Hg.):* »... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Hamburg 2007

☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006

☐ *Jens Huhn:* »Anders arbeiten – bei vollem Gehalt«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 2001

☐ *Yvette Bödecker / Heinz-Günter Lang:* »Der längste und letzte Tanz bei Nanz«, Mannheim/Heidelberger HBV-Hefte, Mannheim, 1999

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);

☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro) /

☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro) /

☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) /

☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen (s. Impressum)

☐ gegen Rechnung

☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Einzuzahlen an AFP, Postbank Frankfurt,
Kto.-Nr. 12 47 66 04 (BLZ 500 100 60);
Zusatz Ausland: iban: DE22 500 100 60 0012 47 66 04,
swift: BIC PBNKDEFF
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt